

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck- u. Verwaltg.: Drag II, Práha 16 • Telefon: 26795, 31469, Nachredakt. (ab 21 Uhr): 33558 • Postamt: 37544

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

12. Jahrgang.

Freitag, 23. September 1932

Nr. 225.

Gemeinsame Beratungen der Sozialdemokraten.

Parlamentsseinberufung gefordert. Gegen die Pläne des Finanzministers.

Prag, 22. September. Unter Vorsitz der Abgeordneten Genossen Hampf und Taub fand heute in den Klubräumen im Abgeordnetenhaus eine gemeinsame Sitzung der Partei- und Klubvorstände der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie statt.

Für beide Parteien trugen Senator Genosse Dunder und Abgeordneter Genosse Taub ein programmatisches Manifest vor, das als Ausdruck der Forderungen, Bestrebungen und Auffassungen zur Lösung der aktuellen Probleme, die mit der heutigen Krise und den Verhältnissen im Staate zusammenhängen, veröffentlicht werden wird. Nach einer eingehenden Debatte wurde das Manifest mit einigen Ergänzungen einstimmig beschlossen.

Darauf erstattete Minister Genosse Doktor Meißner das politische Referat. Er legte den Stand verschiedener staatspolitischer Fragen dar und referierte sodann über den Antrag des Finanzministers auf Herabsetzung der Bezüge der Staats- und öffentlichen Angestellten. In der umfangreichen Debatte, die sich an das Referat des Ministers Dr. Meißner angeschlossen wurde, wurde mit Dank zur Kenntnis genommen, daß sich die sozialdemokratischen Minister sofort in der ersten Sitzung des Ministerrates jeder Kürzung der Invalidenbezüge wie auch dem Antrage des Finanzministers auf Herabsetzung der Bezüge der Staats- und öffentlichen Angestellten und der Pensionisten widersetzt haben. Die Beratung machte sich den Standpunkt der Minister einstimmig zu eigen und erklärte, daß die sozial-

demokratischen Parteien dem Antrag des Finanzministers nicht zustimmen können.

In der Debatte wurde auch ausgeführt, daß die Berechnungen über das Bedeutsamerfordernis und über die Höhe des Abganges im Staatsvoranschläge dem höheren Ertrags der neuen oder erhöhten Steuern nicht entsprechen.

Außerdem wurde betont, daß die Regierung vor allem ein genaues und zweckmäßiges Programm ihrer Tätigkeit und der Tätigkeit der Nationalversammlung beraten und aufstellen müsse, wie dies mit Rücksicht auf die schwere Krise und die Entbehrungen der arbeitslosen Massen erforderlich ist. Insbesondere wurde nachdrücklich verlangt, daß die Frage der arbeitslosen Erträge, die durch die Kartellpreise erzielt werden, sorgfältig überprüft wird, daß die Erlassung eines Kartellgesetzes betrieben und die Fragen der Inflation, des Wohnungswezens und der Baubewegung einer Lösung zugeführt werden. Im Interesse einer beschleunigten Behandlung aller aktueller Probleme wurde in der Beratung die Notwendigkeit der schleunigsten Einberufung der Nationalversammlung betont.

Der Vorsitzende Genosse Hampf schloß die Verhandlungen, indem er feststellte, daß die vorgelegten Auffassungen von der Beratung einstimmig angenommen wurden und daher der Ausdruck der einheitlichen Gesinnung beider solidarisch und gemeinsam vorgehenden sozialdemokratischen Parteien und Klubs sind.

Henderson wundert sich. Meinungsverschiedenheiten im Büro der Abrüstungskonferenz.

Genf, 22. September. (Wolff.) Das Büro der Abrüstungskonferenz hat heute nachmittags den vorliegenden Arbeitsplan in allen Punkten durchbesprochen und sich sodann auf Anfang nächster Woche vertagt.

Zu einer lebhaften Kontroverse kam es bei dem letzten Punkt des Arbeitsplanes, der von den allgemeinen und den politischen Fragen handelt und wo gesagt wird, daß es Sache des Büros sei, zu entscheiden, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Art die Prüfung dieser Fragen vorbereitet werden soll.

Der russische Vertreter Litwinow erklärte, daß es jetzt an der Zeit sei, die großen Fragen, wie sie in dem Hooverplan und in den Vorschlägen Sowjetrußlands vorgelegt seien, anzupacken.

Der englische Außenminister Sir John Simon vertrat die Meinung, daß das Büro nicht dazu da sei, die großen politischen Probleme, die zur Zuständigkeit des Hauptauschusses gehören, zu diskutieren. Das Büro habe die Aufgabe, die zweite Phase der Konferenz vorzubereiten. Die in der Resolution vom 23. Juli enthaltene Stelle über die politischen Fragen sei lediglich deshalb ausgenommen worden, um jedes Mißverständnis bezüglich der in der Resolution getroffenen Entscheidungen zu vermeiden.

Der französische Kriegsminister Paul Boncour und der Berichterstatter, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš, traten den Ausführungen des englischen Außenministers bei.

Präsident Henderson jedoch vertrat einen anderen Standpunkt. Er erklärte, daß die in seinem Briefwechsel mit der deutschen Regierung aufgeworfene Frage sehr wichtig sei. Es sei unerlässlich, daß gerade Fragen dieser Art von dem Büro diskutiert würden. Er sei erstaunt, daß eine Delegation (gemeint war die französische Delegation) sich dieser Auffassung widersetze, um so mehr, als diese Delegation stets der Meinung gewesen sei, daß Probleme dieser Art nicht im Hauptauschuss, sondern in der politischen Kommission diskutiert werden müßten. Henderson erklärte ausdrücklich, daß er sich seine endgültige Stellungnahme vorbehalten und daß er nach Beratung mit dem Präsidenten des Büros später auf die Frage zurückkommen werde.

Ungarische Sozialdemokraten fordern Systemwechsel.

Budapest, 22. September. Mit Ausnahme des sozialdemokratischen Organs „Nepjáva“ welches die zurückgetretene Regierung scharf kritisiert und einen gründlichen Wechsel des Regimes fordert, sind die Blätter der allgemeinen Auffassung, daß bei der Lösung der Krise naturgemäß die Haltung der Einheitspartei ausschlaggebend sein werde. Graf Stephan Bethlen trifft heute in Budapest ein. Der Reichsverweser wird erst Montag mit der Anhörung der Politiker beginnen, so daß eine Lösung der Ministerkrise erst in der nächsten Woche zu erwarten ist.

Der Untersuchungsausschuß prüft: Was geschah bei der Reichstagsauflösung?

Berlin, 22. September. Im Reichstag trat heute vormittag der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu seiner ersten Sitzung in seiner neuen Gestalt als Untersuchungsausschuß zusammen. Da die Sitzung öffentlich ist, hat man sie in den Großen Saal des Reichstags verlegt. Im Rahmen der Untersuchung soll auch die über die Reichstagsauflösung vom 12. September ausgenommene Schallplatte vorgeführt werden. Zu der Ausschusssitzung haben alle Fraktionen ihre Vertreter entsandt. Auch einige Ländervertreter sind zu der Sitzung erschienen.

Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Abg. Voebke erhält zunächst vor Eintritt in die Tagesordnung Oberregierungsrat Dr. Radlauer zu einer Erklärung das Wort. Er führte aus, es werde den meisten der Anwesenden bekannt sein, daß er als Delegierter der Presseabteilung der Reichsregierung für den Reichstag 12 Jahre lang die offizielle Presseberichterstattung über die Reichstagsauschüsse ausgeübt hat. „Da jedoch der politische Kurs der jetzigen Reichsregierung seiner politischen Überzeugung widerspricht“, fährt er fort, „habe er sich entschlossen, daraus die Konsequenzen zu ziehen und seine vorgefachte Behörde gebeten, ihn zur Disposition zu stellen.“

Heute wurde besonders der Reichstagspräsident Goering gehört. Er schilderte die Vorgänge, die sich in der letzten Sitzung des Reichstages vor der Abstimmung abgepielt haben. Auf die Einwendung des deutschnationalen Abgeordneten Berndt, daß er schon vor der Sitzung bei einem Essen die Absicht geäußert habe, eine Wortmeldung des Reichskanzler auf jeden Fall zu ignorieren, behauptet Goering, er habe eine solche Äußerung weder dem Sinne noch dem Wortlaut nach gemacht. Den Zuruf des Reichskanzler, als sich dieser mit dem Worte „amtlich“ um das Wort meldete, habe der Reichstagspräsident schlecht gehört und geglaubt, daß der Reichskanzler mit Bezug auf die bevorstehende Abstimmung „namentlich“ rief.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages vertagte die Bernehmung weiterer Zeugen auf Dienstag nächster Woche. Zu dieser Sitzung sollen auch der Reichskanzler, der Reichsinnenminister und der Staatssekretär der Reichskanzlei offiziell geladen werden.

Schweden hat eine Arbeitermehrheit.

Die nunmehr vorliegende Uebersicht über das Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer ergibt folgendes Bild:

Sozialdemokraten	1.039.053 Stimmen (bei der letzten Wahl 873.931), 104 Mandate (Gewinn 14).
Konservative	583.130 (692.434), 58 Mandate (Verlust 15).
Bauernbund	351.063 (263.501), 36 Mandate (Verlust 9).
Freisinnige	267.129 (308.995), 20 Mandate (Verlust 8).
Liberale	40.859 (70.820), 4 Mandate (unverändert).
Schwedische Kommunisten	132.368 (151.567), 6 Mandate (Verlust 2).
Wostauer Kommunisten	77.998 (nicht kandidiert), 2 Mandate.

Aus dieser Uebersicht ergibt sich, daß die Sozialdemokratie nicht nur die weitest ausgedehnte Partei ist, die 42,4

Prozent der Wählerschaft vertritt, sondern daß sie auch den weitaus stärksten Zuwachs zu verzeichnen hat. Beide Fraktionen der in zwei Teile gespaltenen kommunistischen Partei haben zusammen nur ein Fünftel der Stärke der Sozialdemokratie.

Besonders bemerkenswert und erfreulich aber ist die Tatsache, die sich ergibt, wenn man die Arbeiterstimmen, also Sozialdemokraten und Kommunisten, zusammenrechnet: 1.249.419 Arbeiterstimmen stehen 1.242.181 Stimmen aller übrigen Parteien gegenüber.

Das ist eine knappe Mehrheit der Arbeiterstimmen über alle bürgerlichen Parteien.

Schweden hat eine Arbeitermehrheit! Es ist derzeit das erste und einzige Land Europas, in welchem in demokratischen Formen eine Mehrheit der Arbeiterklasse im Volke besteht, die nur infolge der Spaltung nicht voll wirksam wird.

Der Fünfjahresplan. Stoßung in der Durchführung.

Es ist bekannt — und die sozialdemokratische Presse hat schon öfters hervorgehoben — daß der Fünfjahresplan in Sowjetrußland in den ersten zwei Jahren bedeutende Erfolge aufzuweisen hatte und daß insbesondere auf dem Gebiet der Schwerindustrie ganz außerordentliches geleistet, eine bewunderungswürdige Aufbauarbeit vollführt wurde. Mit derselben Wahrheitsliebe, mit der dies von der Sozialdemokratie festgestellt wurde, muß die Tatsache verzeichnet werden, daß sich die Durchführung des Fünfjahresplanes seit dem Jahre 1931 verlangsamt hat.

Im Jahre 1931, dem dritten Jahr des Planjahres, wurden die veranschlagten Planziffern in den wichtigsten Industrien des Landes nicht erreicht. Während nach dem Plane im Jahre 1931 83,6 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert werden sollten, erreichte die Förderung nur 57,6 Millionen Tonnen oder 68,8 Prozent der Voranschlagsziffer. Ebenso wurden statt der geplanten 25,6 Millionen Tonnen Raphtha 22,9 Millionen Tonnen oder 87,2 Prozent gefördert. Noch schlechter war das Verhältnis bei Gußeisen, wo statt 8 Millionen nur 4,9 Millionen Tonnen oder 61,2 Prozent erzeugt wurden. Gerade in der Schwerindustrie, in den ersten zwei Jahren des Planjahres, die Planziffern gewaltig überschritten wurden, konnte der Fünfjahresplan nicht verwirklicht werden. Dadurch wird das Bild der gesamten industriellen Entwicklung ein wesentlich anderes als in den früheren Jahren. Der Zuwachs der Industrie sollte im Jahre 1931 42,1 Prozent betragen, es erhöhte sich aber die industrielle Erzeugung tatsächlich nur um 20,5 Prozent, so daß der Plan nicht einmal zu 50 Prozent (genau 48,7 Prozent) erreicht wurde.

Eine der größten Sorgen der Sowjetregierung bildete schon in früheren Jahren die Tatsache, daß die Produktionskosten in der Industrie zu hoch waren, mindestens doppelt so hoch, wie in den andern kapitalistischen Staaten. Mit allen Mitteln suchte man daher die Produktionskosten zu senken, was in den ersten zwei Planjahren auch gelungen ist. Eine gegenteilige Entwicklung ist auch da im dritten Planjahre eingetreten. Während der Fünfjahresplan eine Herabsetzung der Kosten der Industrierwaren um acht Prozent vorsah, sind die Selbstkosten in diesem Jahre um sechs Prozent gestiegen. Das Steigen der Produktionskosten in der Industrie erschwert naturgemäß jeden Industrieexport.

Auch auf dem Gebiete des Außenhandels hat sich im Jahre 1931 ein Rückgang vollzogen, der seine Ursachen in der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft hat. So schwer es auch den Russen fällt, daran zu glauben, daß die ökonomische Entwicklung ihres Landes von der Weltwirtschaft abhängig ist, es ist doch so. Die niedrigen Preise der Rohstoffe auf dem Weltmarkt zwingen auch Rußland seine Waren an die kapitalistischen Staaten billiger zu verkaufen. Während die Ausfuhr Rußlands im ersten Vierteljahr 1930 236,7 Millionen Rubel betrug, sank diese in derselben Zeit des Jahres 1931 auf 195,9 Millionen und in den ersten drei Monaten des Jahres 1932 sogar auf 144,5 Millionen, der Rückgang gegen 1931 betrug also 26,3 Prozent. Je weniger Rußland ausführt, desto weniger kann es einführen, vor allem weniger Maschinen und desto mehr ist die Durchführung des Fünfjahresplanes bedroht.

Ebenso weist die Entwicklung der Landwirtschaft in den letzten Jahren einige ungünstige Entwicklungstendenzen auf. So konnte in der Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen der Fünfjahresplan nicht erfüllt werden. In einer Anweisung der be-

Zur Untersuchung stehen zwei Fragen: 1. In welchem Zeitpunkt ist die Wortmeldung des Reichskanzler erfolgt, vor oder nach Eintritt in die Abstimmung? 2. Zu welcher Zeit und in welcher Form erfolgte die Uebergabe der Urkunde über die Auflösung und welches war das Verhalten des Präsidenten bei der Entgegennahme der Urkunde? Als Zeugen waren zunächst geladen der Reichskanzler, der Reichsinnenminister, Staatssekretär Plant, der Reichstagspräsident Goering und die amtierenden Schriftführer des Reichstages.

Es handelte sich, erklärte Voebke, um die Feststellung des Tatbestandes über die Vorgänge in der Sitzung. Zuerst sollen unbeteiligte Beobachter, Zuhörer und Zuschauer vernommen werden. Der Einwand, entbinde die Mitsgl der Reichsregierung nicht von der gesetzlichen Pflicht, vor dem Ausschuß zu erscheinen.

Japan droht mit Austritt aus dem Völkerbund.

New York, 22. September. Associated Press meldet aus Washington, der zur Vertretung des beurlaubten Botschafters Tetsuji dort eingetroffene japanische Geschäftsträger Hiroki Saito habe die Erklärung abgegeben, sein Land würde nicht eine Minute zögern, aus dem Völkerbund auszutreten, falls es sich zu diesem Schritt durch den Linton-Bericht veranlaßt sehen sollte. Japan erwarte jedoch, daß der Bericht über seine Tätigkeit in der Mandchurei nicht ungünstig ausfallen würde.

züglichen sowjetrussischen Kommission vom 26. Februar 1931 wird festgestellt, daß in vier Monaten statt 28.980 Säemaschinen nur 12.273, statt 29.450 Pflügen nur 11.216 geliefert wurden. Im Dezember 1931 haben die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken bloß 51 Prozent der im Plan vorgesehenen Mengen geliefert. Mehr Schwierigkeiten noch als die Erzeugung von Maschinen macht ihre Reparatur. So ist in der sowjetrussischen Zeitschrift „Der sozialistische Landwirt“ zu lesen, daß in der Ukraine in einem Traktorenpark, der zum 25. Juni bereit sein sollte, am 1. August mehr als 600 reparaturbedürftige Traktoren, in einem andern sogar 900 waren. Die „Iwostijsa“ meldet aus Nowo-Sibirsk, daß dort 930 Traktoren infolge Mangel an Heizmaterial still stehen. Im nördlichen Kaukasus gibt es 8000 beschädigte Traktoren, von denen 2500 einer Generalreparatur bedürfen. Nach dem Berichte des Kommissars für die Landwirtschaft Jakoblew (Iwostijsa vom 6. Oktober 1931) bedürfen 87 Prozent der für das Jahr 1931 gelieferten Traktoren einer Generalreparatur.

Die Folgen dieser Zurückgebliebenheit der landwirtschaftlichen Technik können nicht ausbleiben. Fast bei keiner Feldfrucht wurden im Jahre 1931 die Planziffern erreicht. Im Verhältnis zu diesen wurden bei Weizen nur 90,9 Prozent der geplanten Ackerfläche bebaut, bei Hafer 95,5 Prozent, bei Gerste 91,5 Prozent, bei Kartoffeln 88,9 Prozent, bei Mais nur 78,8 Prozent und bei Korn gar nur 72,6 Prozent. Nur bei den Industriepflanzen, wie Flachs, Baumwolle und Zuder- rübe wurden die Planziffern überschritten.

Das hat naturgemäß wichtige Folgen für die Ernährung der Bevölkerung. Während laut Plan im Jahre 1931 auf den Kopf der Bevölkerung 7 Meterzentner Getreide entfallen sollten, entfielen in Wirklichkeit nur 3,7 bis 4 Zentner, das ist weniger, als in der Vorkriegszeit, wo der Kopfanteil 5,8 Prozent betrug. Ebenso sinkt die Kopfsquote bei anderen Nahrungsmitteln. Während im Jahre 1927-28 auf einen Arbeiter noch 52,8 Kilogramm Fleisch und Fett entfielen, waren es im Jahre 1929-30 nur noch 40,7 Kilogramm und in der gleichen Zeit sank die Kopfsquote bei Milch von 89,8 auf 79,9 Liter. Es ist bekannt, daß Rußland sich in ziemlichen Ernährungsschwierigkeiten befindet und daß die Arbeiter nicht imstande sind, ihren Ernährungsbedarf bei den staatlichen Genossenschaften zu decken. Die Folge davon ist, daß sie auf dem freien Markte zu teuren Preisen einkaufen müssen. Je größer die Ernährungsschwierigkeiten, desto größer der Unterschied der gebundenen und freien Preise. So betrug — um nur wenige Ziffern zu nennen — der Preis des Kornbrottes am 1. Jänner 1932 im Genossenschaftsladen 7,5 Kopfen per Kilogramm, im freien Handel 64 Kopfen, Kartoffeln kosteten 10 bzw. 45 Kopfen, Rindfleisch 90 bzw. 900 Kopfen, frische Butter 400 bzw. 2950 Kopfen, 10 Stück Eier 90 bzw. 700 Kopfen, Zuder 68 bzw. 825 Kopfen. Aus diesem trassen Unterschied der Preise auf dem freien Markt und in den Genossenschaftsläden werden die Ernährungs-schwierigkeiten Sowjetrußlands deutlich offenbar.

Was die Durchführung des Fünfjahrplanes im Jahre 1932 betrifft, kann darüber ein endgültiges Urteil noch nicht gefällt werden. Obwohl die Industrieproduktion Rußlands im heurigen Jahre wieder gestiegen ist, bleibt sie doch hinter den Erwartungen zurück. Die vorgesehene Steigerung von 36 Prozent dürfte nicht erreicht werden. Besonders ungünstig ist die Entwicklung in der Leichtindustrie, insbesondere in der Industrie der Nahrungsmittel und im Bekleidungs-gewerbe.

Wir haben an dieser Stelle schon vor einiger Zeit dargelegt, daß Stalin genötigt war, die Generallinie des Fünfjahrplans aufzulockern und durch einige Veränderungen insbesondere in der Landwirtschaft einen Teil der landwirtschaftlichen Produktion freizugeben. Wenn die hier auf Grund der sowjetrussischen Statistik dargestellten und daher auch von kommunistischer Seite nicht zu bezweifelnde Entwicklung weiter anhält, kann man damit rechnen, daß die Generallinie weiter aufgelockert und die russische Wirtschaftspolitik geändert wird.

Sensation im Preußenlandtag.

Krach unter den Harzburgern. — Die Nazis in der Klemme.

Berlin, 22. September. Im preussischen Landtag, der heute um 12 Uhr seine Beratungen fortsetzte, wandte sich der Abg. Steuer (Deutschnational) bei der Behandlung des Antrages seiner Fraktion, wonach der Landtag seinen Beschluß vom 30. August gegen die Behördungspflicht der Beamten als geschwädigt erklären und aufheben soll, scharf gegen die Nationalsozialisten. Bei der äußersten Rechten entstand dadurch eine so starke Unruhe, daß der Präsident Kerkel sich genötigt sah, seinen Platz zu verlassen, womit die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen ist. Als nach einer Pause Abg. Steuer in seinen Ausführungen fortfahren wollte, setzte die starke Unruhe wieder ein, so daß die Sitzung abermals unterbrochen werden mußte.

Nach Wiedereröffnung erteilt der Präsident dem deutschnationalen Abg. Steuer zum drittenmal das Wort, worauf die Nationalsozialisten, bis auf einige Hochposten, den Saal verlassen. Abg. Steuer kritisiert sodann scharf das Verhalten der Nationalsozialisten gegenüber der Regierung Papen. Die Nationalsozialisten spekulieren auf das kurze Gedächtnis der Zeitungsleser. Es sei erst wenige Wochen her, daß die Nationalsozialisten das Kabinett Papen begrüßten, während sie damals das Zentrum noch auf das heftigste angegriffen, mit dem sie jetzt Koalitionsbesprechungen begonnen hätten.

Nach der zweiten Unterbrechung der Sitzung entwickelte sich eine lebhafte Debatte, in der die Vertreter der verschiedenen Parteien zu Worte kamen.

Wiederholte Störungen machten eine dritte und vierte Unterbrechung der Sitzung notwendig. Erst in den Abendstunden kam man zu den Abstimmungen.

Der erste Teil des Antrages der Zentrumsfraktion, der davon spricht, daß die Beamten trotz schwerer Gewissenskonflikte infolge des verfassungswidrigen Vorgehens der Reichsregierung ihre Amtspflichten gewissenhaft erfüllt haben, wurde abgelehnt. Der zweite Teil des Antrages, der den Beamten Dank und Anerkennung ausspricht und der Erwartung Ausdruck gibt, daß die preussischen Beamten auch fernerhin ihre dienstlichen Obliegenheiten unparteiisch und gewissenhaft erfüllen werden, wurde angenommen.

Der deutschnationale Antrag, wonach der Landtagsbeschluß vom 30. August als geschwädigt aufgehoben werden soll, wurde in namentlicher Abstimmung mit 208 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen 35 Stimmen der Deutschnationalen bei 45 Stimmenthaltungen des Zentrums abgelehnt.

Der nationalsozialistische Antrag, der von der Pflicht der Beamten und Staatsangestellten spricht, die Verfassung zu achten und zu schützen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 156 Stimmen der Antragsteller gegen 86 Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei bei 45 Enthaltungen des Zentrums angenommen. Die Sozialdemokraten hatten sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Der sozialdemokratische Mißbilligungsantrag gegen den Präsidenten Kerkel wird dem Verfassungsausschuß übergeben.

Am 25. September Atus-Aktion

„Schutz dem Arbeiterkinde!“

Agrar-Ausschuß eröffnet Parlaments-Arbeit.

Exposé des Landwirtschaftsministers Bradáč.

Prag, 22. September. Die parlamentarische Saison wurde heute im landwirtschaftlichen Ausschuß des Abgeordnetenhauses durch ein langes Exposé des Landwirtschaftsministers Bradáč über die Situation der Landwirtschaft eingeleitet. Das Exposé wird den Mitgliedern des Ausschusses schriftlich zugestellt werden, die Debatte darüber wird nächsten Donnerstag eröffnet werden.

Der Vorsitzende Dubiecký verlangte vom Ausschuß, daß er durch schnelles Eingreifen die angeblich unhaltbaren Verhältnisse der Landwirtschaft regle. Er verlangte vor allem Stabilisierung der Getreide- und Viehpreise, Herabsetzung des Zinsfußes, billige landwirtschaftliche Kredite und verschiedene weitere Maßnahmen, die den Absatz landwirtschaftlicher Produkte heben sollen.

Minister Bradáč erstattete dann seinen sehr ausführlichen Bericht über die gegenwärtige Situation der einzelnen Zweige der Landwirtschaft in der Krise. Er brachte dabei zum Ausdruck, daß nach seiner Auffassung die bisherigen Bemühungen zur Abwehr der Landwirtschaftskrise unzureichend gewesen seien; insbesondere die Stützung der Getreidepreise könne auch durch die Schaffung des Einfuhrhindernisses und durch den zur Verfügung stehenden internationalen Fonds nicht in dem vorgesehenen Maße durchgeführt werden. Eine Preisregulierung ist nur bei Weizen möglich; bei Korn, Gerste und Hafer infolge der inländischen Überproduktion und der Unmöglichkeit einer rentablen Ausfuhr stößt man auf Schwierigkeiten.

Der Minister stellte dann in seinem Referat eine Reihe von Forderungen auf, die sich mit den letzten von den tschechischen Agrariern erhobenen Forderungen ziemlich decken und ersuchte den Ausschuß um baldige Stellungnahme hierzu. Er erwähnte dabei vor allem die Notwendigkeit einer Zinsfußsenkung, dann eines Ausnahmengesetzes, eines Hopfenprovenienzgesetzes und bessere Dotierung des Stützungs-fonds. Auch die Viehver-sicherung sowie die Regelung der Einfuhr-schneine figurieren in diesem Programm.

Schließlich wiederholte der Minister die bekannte Forderung nach Gleichstellung der Landwirtschaft mit den übrigen Produktionszweigen in der staatlichen Wirtschaftspolitik und ersuchte den Ausschuß, die Erörterung über die notwendigen Hilfsmittel unter dem Gesichtspunkt des gegenseitigen Verständnisses der einzelnen politischen und sozialen Richtungen zu führen.

Ein Agrarier für Planwirtschaft.

In der letzten Folge der von Alfred Rohmann herausgegebenen Zeitschrift „AB“ finden wir einen Artikel des Führers der Landbündler in Mähren, Hugo Sponer, der sich mit einem bei Agrariern nicht gewöhnlichen Eifer für die Planwirtschaft einsetzt. Er schreibt da u. a.:

Nach den Ernteschätzungen des Statistischen Staatsamtes haben wir in Roggen, Gerste und

Hafer eine Rekorderte hinter uns, deren Ertrag die vorjährige Ernte in Roggen um 53.000 Wagonn, in Gerste um 29.000 Wagonn und in Hafer gleichfalls um 29.000 Wagonn übertrifft.

Was beweist und wozu zwingt uns dieser unerwartete Segen des Himmels, für den er (der Himmel) nach der Wirtschaftsauffassung der heutigen Menschen wenig Dank zu erwarten hat? Er beweist uns, daß jede wirkungsvolle Erntesicherung in diesen Getreideorten vor dem Anbau und nicht nach dem Ertrag beginnen muß.

Die Reordernte erzwingt von uns den Übergang zu einer planmäßigen Erzeugungspolitik, also zur Planwirtschaft in der landwirtschaftlichen Produktion.

Der Segen des Himmels fordert von unserer Agrarpolitik eine grundsätzliche Stellungnahme für die Beantwortung der Frage, was wir zu tun gedenken, daß in Zukunft der Einsturz von Mauern und Dach unseres Getreidepreisesgebüdes unter unseren Füßen und über unseren Köpfen mit verlässlicher Garantie vermieden werde . . .

In der landwirtschaftlichen Produktion muß die Konzeption dieses Wirtschaftsplanes nach bestimmten Grundlinien erfolgen. Diese sind: Erstens muß die Produktion durch ihre Organisation vor nahezu abfallslosen Uberschüssen und daher vor Preisbrüchen in guten (selten) Jahren durch eine grundsätzliche Beschränkung der Anbaufläche in den preisgefährdeten Getreideorten (Roggen, Gerste, Hafer) geschützt werden, und ferner muß ein vorsehlicher Wirtschaftspland in Mährenten (mageren Jahren) vor allem jenen Teil unserer Produktion sichern, der der wertvollste ist.

Der losbarste Zweig unserer gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung ist zweifellos die tierische Produktion.

Bricht sie zusammen, dann bedeutet das, daß nicht eine Ernte, sondern die Arbeit, die Mühe und das Kapital oft von einem Jahr zum nächsten zusammensinkt. Eine allzu bittere Erfahrung hat uns gelehrt, daß eine Sicherung der tierischen Produktion ohne Futtermittelreserven undenkbar ist. Wir können uns aber individuell und regional (für Ausgleichszwecke) solche Reserven nur schaffen, wenn wir die Anbauflächen in Roggen, Gerste und Hafer planmäßig einschränken und auf den reduzierten Getreideanbauflächen Futterbau (Weisen, Alee, Feldfutterbau, Kartoffel usw.) betreiben.

Wurarie-Wahnwitz.

Wenn die Entwicklung unseres Warenverkehrs die gleiche Tendenz im gleichen Tempo wie gegenwärtig beibehält, dann wird es nicht lange dauern und wir werden auf alles, was früher aus anderen Ländern kam, verzichten müssen. Die neuesten Meldungen des Handels lassen uns wissen, daß u. a. die angeforderten Devisen, die im September für den Import von Kaffee gebraucht werden, von der Devisenzentrale nur zu 35 Prozent bewilligt wurden, obwohl nur geringe Mengen Kaffees in der Tschechoslowakei gegenwärtig lagernd sind. Wir können uns also darauf gefaßt machen, auf den „Schwarzem“ verzichten zu müssen und werden an seiner Stelle mit Korn-erfah in die bekannte Kaffeeausstimmung versetzt werden. Für den Arbeiter gewiß nichts er-

Gandhis Erfolg. Ein Uebereinkommen zwischen Parias und höheren Klassen.

Poona, 22. September (Reuter). Mahatma Gandhi ist in guter Stimmung, er scherzt sogar mit seinen Gästen. Wie bereits berichtet, hatte der Mahatma gestern den ganzen Tag über Beratungen mit den Vertretern der Brahmanen und der Parias. Er ließ sich über das zwischen den Vertretern der höheren und der unterdrückten Kasten zustandgekommene Uebereinkommen eingehend berichten und erklärte, er werde heute dieses Uebereinkommen in seinem ganzen Ausmaß annehmen oder ablehnen. Es hat den Anschein, daß Gandhi das Uebereinkommen über die Wahlfrage genehmigen und bereits heute den Hungerstreik beenden werde, den er Dienstag mittags begonnen hat.

Den Parias werden die Tempel geöffnet.

Poona, 22. September (Reuter). Heute wurden hier zwei Hindutempel auch für die Kaste der Unantastbaren, laut dem Wunsche Mahatma Gandhis, geöffnet.

Vierzigstundenwocemarschierl.

Genf, 22. September. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes hat nach zweitägigen Beratungen beschlossen, im Jänner 1933 eine technische Vorkonferenz zur Behandlung des italienischen Antrages über die Herabsetzung der Arbeitszeit in der Industrie nach Genf einzuberufen. Dieser Beschluß wurde mit 16 gegen 5 Stimmen der Arbeitgeber und einer Stimme der englischen Regierung gefaßt.

Auslieferung Brauns abgelehnt.

Berlin, 22. September. Der Landtag hat heute die vom Ausschuß auf Antrag des Nationalsozialisten Frank II empfohlene Aufhebung der Immunität des früheren preussischen Ministerpräsidenten Braun zur Durchführung einer Privatklage Adolf Hitlers mit 200 gegen 197 Stimmen abgelehnt.

schredendes, denn er kennt das Getränk, welches man aus Kaffeebohnen herstellt, meist längst nicht mehr, gar nicht zu sprechen von den Arbeitslosen, die froh sind, Malzbrühe schlürfen zu können. Aber diese Meldung ist in der Reihe ähnlicher Botschaften dennoch geeignet, die größten wirtschaftlichen Bedenken hervorzurufen. Denn nicht nur die Einfuhr von Kaffee wird gedrosselt, im September wird auch keine Getreidefrucht in die Tschechoslowakei hereingelassen und auch andere für uns wichtige Lebens- und Bedarfsartikel sollen nicht mehr von außen her ins Land kommen. Die Mahnahme der Devisenzentrale wirkt sich im Rückgang unseres Außenhandels aus, der allerdings für die Entwicklung unserer Wirtschaft und Industrie entscheidend ist, aber dazu kommt, daß auch die Einfuhr von lebenswichtigen Artikeln, wie Medikamenten, die in unserem Staat nicht erzeugt werden können, unterbunden wird, so daß die größten Gefahren aus dieser Handels- und Devisenpolitik drohen. In der Vorwoche meldeten die Zeitungen, daß jetzt schon einige der notwendigsten ärztlichen Hilfsmittel fehlen, so daß auch die Kranken die Devisenmaßnahmen zu spüren bekommen. Waren, die noch aus dem Auslande eingeführt werden dürfen, sollen nicht mit Devisen, sondern auf dem Kompensationswege bezahlt werden. Diese Mahnahme erleichtert nicht, sondern erschwert den Außenhandel ungemein, führt automatisch zur Verringerung des Warenverkehrs mit dem Auslande. Denn noch immer war bei der kapitalistischen Wirtschaft das Geld das beliebteste Zahlungsmittel, weil es sich viel leichter umwerten läßt, als es bei unsern Kompensationsgütern, das sind Zuder, Bier, Porzellan und Glaswaren, Gurken, Obst usw. der Fall sein kann. Diese Meldungen lassen auf eine weitere Verminderung der Produktion von Waren bei uns schließen. Die Ausschaltung all dieser ungeheuren Wirtschaftsmahnahmen wird nachgerade zum dringendsten Gebot für die Menschen bei uns und in den andern Staaten, wenn der Verfall der Wirtschaft nicht auch die der Kultur folgen soll.

Sitzung des Ministerrats.

Prag, 22. September. (Amtlich). Der Ministerrat hat in seiner am 22. September abgehaltenen Sitzung dem Vorgehen bei der Durchführung der weiteren Herabsetzung der Sachausgaben im Staatsbudgetentwurf für das Jahr 1933, wie sie das politische Wirtschaftskommission empfaßt, zugestimmt.

Sodann beriet er das laufende Programm, insbesondere das internationale Abkommen über gewerbliches Eigentum (Patente, Muster, Zeichen usw.), das im Haag im Jahre 1925 revidiert wurde, sowie die notwendigen Entwürfe der entsprechenden Gesetze und Bestimmungen, womit dieses Abkommen auf dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik in Wirksamkeit gesetzt werden soll.

Die Krainer Talsperre. Zu den Meldungen über die große Ueberbrückung des Voranschlags für den Bau der Talsperre wird amtlich mitgeteilt, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten eine besondere Untersuchungskommission eingesetzt hat, in welcher auch das Finanzministerium vertreten ist. Die Kommission hat mit der Untersuchung bereits begonnen.

IRMARGARD KEUN: Gilgi eine von uns

"Du wolltest mich doch um was bitten, Gilgi?"

"Ja. Du mußt mir einen Mann abnehmen."

"Ist er nett?"

"Bessere Konfektionsware — nichts für dich."

"Was soll ich dann mit ihm?"

"Er ist mein Chef, ist verliebt. Wenn er merkt, daß ich ihn nicht mag, hab' ich muffige Luft auf dem Büro. Du mußt ihn von mir ablenken."

"Na ja. Wenn er aber in dich verliebt ist, wird er sich doch von mir nicht..." Gilgi mocht ihr weltweisestes Gesicht.

"Der ist nicht speziell in mich, der ist an und für sich verliebt in der letzten Zeit — ganz allgemein. Ich bin Zufallsobjekt, eine Einbildung..."

"Die wer'n wir ihm austreiben?" Olga schiebt heimlich einen Apfelsack hinter den Diwan.

"Wie sollen wir's dann machen?" Gilgi erklärt Olga kurz ihren Plan, Olga ist einverstanden — nur: "Werd' ich ihn denn auch wieder los?"

"Ach, Olga!" Gilgi schwingt sich auf den Schreibtisch, "du bist doch viel mehr Dame als ich — nein, nicht weil du schon fünfundsiebenzig bist — an und für sich. Bei dir wird einer nicht gleich so brenzlich wie bei mir kleinem Mädchen, außerdem kannst du nach vierzehn Tagen Abreise vorläufigen." Olga macht eine Handbewegung, die ausdrücken soll, daß sie sich einer derartigen Situation bis zum Ueberdruß gewachsen fühlt.

Jugendwo in Köln liegt Herr Reuter (Strumpfwaren und Tricotagen engros) im frauenverlassenen Ehebett, leidet an Schlaflosigkeit und am Um-zehn-Jahre-jünger-sein-Gefühl. Hab ein kleines, braunes Mädchen — rührend, wenn man denkt, wie jene Kleine sich nach einem sehnen mag...

Im Mansardenzimmer in der Mittelstraße stellt Gilgi das Grammophon an, Olga legt die Platte auf: "... wenn du mal in Savai bist, und wenn...". Beide finden das Thema Reuter nicht interessant genug, um noch eine Minute länger darüber zu sprechen.

Am Sonntag sitzen Gilgi und Herr Reuter zusammen im "Dombotel". Gilgi hat das Gefühl, zu Abend gegessen, Herr Reuter das Gefühl, soupiert zu haben. Sie trinken Haut-Sauernes. Von Glas zu Glas verkleinern sich Herrn Reuters schwärzliche Korinthenaugen um Millimeterbrüche. Gilgis kleine Brüste zeichnen sich deutlich unter dem taubendblauen Samtkleid ab und überzeugen Herrn Reuter, daß Gilgi, die Frau ist, die ihn versteht. Er sagt es und glaubt, was er sagt. Er breitet sein Innenleben vor ihr aus wie eine offene Staffarde. So ist er. Gilgi nimmt zur gefälligen Kenntnis, höflich und mäßig interessiert. Armer Idiot, wenn du ein Junger wärst, brauchte man keine Zeit mit dir zu verlieren. Hör auf, nicht soviel Lyrik, paßt nicht zu deinem Fidel am Rinn. Warum kann man nun nicht sagen: gib nichts aus, wenn's nichts einbringt, steck dein Gefühlskapital in ein aussichtsloses Unternehmen. Kann man nicht sagen. Armer Alter, deine Mischung barockmerkantil verträgt kein glattes Rein. Also! Schließ dich komm's mir einzig auf mich an, nicht wahr? Auf die hundertfünfzig Mark, die ich monatlich bei dir auf dem Büro verdiene, auf ungehörte Arbeit. Bei meiner Arbeit soll ich Ihnen Gemütszucker nicht vertrogen, mein Herr — also!

"Prost!" — "Prost!" Klirr-Klirr. Herr Reuter hält Gilgis Hand. Man sollte nicht soviel reden, man sollte jetzt... nicht mehr soviel reden. So viele Leute um einen herum. Ja, wenn man bedenkt, daß sie alle Strümpfe brauchen und Tricotagen, dann muß man sie nett finden und gern haben, aber wenn sie nicht hier sitzen und trotzdem Strümpfe und Tricotagen brauchen — man fände sie noch viel netter. Kellner sind üble Zeiterscheinungen, wenn sie rumstehen und nichts zu tun haben. "Haroba (Herr Ober), noch 'ne Flasche!" Gilgi überhört die Aufforderung Herrn Reuters, ihn du zu nennen, am Ende soll sie nachher auch noch Friedrich zu ihm sagen.

Eine Dame geht suchend an den Tischen vorbei. Eine schöne Dame, eine leuchtende Dame. "Eine Bekannte", haucht Gilgi. Höchste Zeit. Olga! funkt sie mit dem linken Auge.

"Guten Abend, Fräulein Kron."

"Guten Abend, Fräulein Jahn. Darf ich bekannt machen."

"Sehr angenehm", sagt Herr Reuter.

"Mit Bekannten verabredet — nach dem Theater — noch nicht da — so peinlich —" Olga macht hilflose Augen, ihre Marzipanfinger streicheln jählich den teuren Fehpelz, von dem erst die dritte Rate bezahlt ist. "Ja, wenn Sie..." Gilgi ist sichtlich ratlos, enttäuscht, verlegen.

"Wenn Sie solange hier Platz nehmen wollen", kommt Herr Reuter zu Hilfe. Er ist Kavaller. Nicht gern. "Wenn ich darf! Handelt sich ja nur um einen Augenblick." Olga sieht Herrn Reuter unendlich dankbar an. Er hilft ihr aus dem Wandel. Er ist Kavaller. Nicht ungern. Er merkt, daß andere Männer ihn beneiden, als Olga sich an seinen Tisch setzt. Angebot erhöht die Nachfrage. Herr Reuter findet Olga schön. Trotzdem stört sie ihn, denn Gilgis kleine, braune Hand ist jetzt unerreichbar weit fort.

Olga erzählt von Reisen nach Kairo und Luzor, von Fahrten nach Spitzbergen. Gilgi geht

zur Telefonzelle, um nach Hause zu telefonieren. Als sie wiederkommt, empfindet Herr Reuter Olga nicht mehr als störend.



Herr Reuter findet Olga schön. Trotzdem stört sie ihn, denn Gilgis kleine braune Hand ist jetzt unerreichbar weit fort.

Gilgi verschwindet nach einiger Zeit für eine Viertelstunde auf die Toilette. Herr Reuter erinnert sich, daß eigentlich "blond" sein Typ ist. Er wird geistreich. Olga sieht ihn bewundernd

Die Tragödie Rothaus: Sozialdemokratische Gemeindevertreter legen ihre Ämter nieder.

Rothau, einst eine blühende Gemeinde, wird durch die Verlegung des Eisenwerkes in das tschechische Sprachgebiet dem Untergange geweiht. Hunderte braver Arbeiter sind mit ihren Familien schon seit Monaten der bittersten Not ausgesetzt. Es hat übermenschlicher Anstrengungen bedurft, ihnen das nackte Leben zu erhalten. Die Partei und der Internationale Metallarbeiterverband taten ihr möglichstes, um den Hungernen Hilfe zu bringen. Vor allem aber mühten sich die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Rothaus mit dem unermüdbaren Genossen Baumgartel als Vorsteher um die Rettung der Gemeinde: ununterbrochen waren sie darauf bedacht, neue Hilfsquellen zu entdecken und Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen.

Die Notstandsarbeiten, die die Gemeinde aus eigenem Vergeben konnte, hörten durch das Versteigen der Steuereinnahmen aus dem Eisenwerk auf, dessen Steuerkraft die Gemeinde vollständig erhalten hatte. Die allgemeine Krise schränkte zudem die Hilfsmöglichkeiten für Rothau beträchtlich ein und die Hilfe, die die staatlichen und die Landesstellen hätten leisten können, versackte in einigen hoffnungslos verbürokratisierten Ämtern.

Rast unzählbar sind die Vorgesprachen, die die Rothauer Gemeindefunktionäre bei der Bezirksleitung, bei der Bezirksbehörde und bei den Landes- und Staatsbehörden unternahmen. Vor allem war es Genosse Baumgartel, der die Sorgen der Gemeindefunktionäre im wahrsten Sinne des Wortes zu seinen eigenen gemacht hatte: er hegte von Amt zu Amt, rief die Öffentlichkeit an, warb und kämpfte. Nun sind er und seine Helfer am Ende ihrer Kraft angelangt.

Daß die Kommunisten und Sakentruerler in niederträchtigster Weise gegen sie heßten, daß sie alle Bemühungen der Sozialdemokraten um

an, und Herr Reuter ist überzeugt, sich kein Lebenslang unterkäufeln zu haben. Gilgi kommt zurück, sitzt still und beobachtet da und läßt sich von Olga überblenden. Sie ist ein unscheinbares, kleines Mädchen. Herr Reuter erinnert sich an etwas verrostete Prinzipien: mit Angestellten keine Liebschaften anfangen und so weiter.

Gilgi geht für zehn Minuten ins Vestibül, um nach einer Zeitung zu suchen. Durch cremefarbene Spitzen schimmert Olga frische, rosige Blondinenhaut und überzeugt Herrn Reuter, daß Olga, die Frau ist, die ihn versteht.

Eine halbe Stunde später bringt er erst Gilgi, dann Olga nach Hause.

Frühmorgens, eine Viertelstunde vor Abläufen des Beders kommt Frau Kron in Gilgis Zimmer und setzt sich zu ihr auf den Betttrand. Mit ihren braven, rauhen Hausfrauenhänden streicht sie über Gilgis nackte Arme, ihre mageren Alleinmädchenschultern. Einen Augenblick lang spürt Gilgi keine Lust, über die ungewohnten Zärtlichkeiten zu staunen, noch sie abzuwehren. Die vertraute Körpernähe der Mutter, der leichte Kerzenfengengeruch ihrer Hände versehen sie in einen Zustand animalischen Wohlbehagens und nestwarmer Geborgenheit.

"Gilgi, mein Kind, du hast mich doch lieb, nicht wahr?"

"Was ist los?" Gilgi fährt auf und sieht erschrocken und mißtrauisch aus.

"Du hast mich doch lieb, nicht wahr, Gilgi?" Gilgi sieht die Mutter an: ihre fleischigen Wangen sind heifrot gefärbt wie nach besonders geschäftigen Woch- und Kuchenbacktagen. Gilgi begreift, daß die Frage nur eine Einleitung ist, weiß der Himmel wozu. Komische Einleitung. Ueberflüssige Frage. Sie hat nie darüber nachgedacht, ob sie die Mutter lieb hat. Mitleidig streift ihr Blick über Frau Krons breiten, verferteten Rücken.

(Fortsetzung folgt.)

Die Notlage der jüngeren Arbeitslosen.

In seiner Sitzung vom 16. September stimmte der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes nachstehendem Resolutionsentwurf des Gewerkschaftlichen Jugend- und Bildungsausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu:

"Die Massenarbeitslosigkeit in den verschiedenen Industrieländern erschärfte auch jugendliche Arbeitskräfte in großem Umfang. Besonders schwer ist die Gruppe der Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren betroffen, die häufig unmittelbar nach Beendigung der Lehrzeit ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Wirkungen der in der Regel lange andauernden Arbeitslosigkeit für das berufliche Können, die geistige, seelische und körperliche Verfassung der Jugendlichen, ergeben schwerwiegende Schäden für die Gesamtheit und für die Jugendlichen selbst.

Die Gewerkschaften müssen darum in erster Linie aus eigenen Kräften alles tun, um ihren arbeitslosen jüngeren Mitgliedern durch Gewährung materieller Hilfe und durch unterhaltende und bildende Veranstaltungen den Beweis praktischer Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zu geben.

Die Erfüllung dieser im Interesse der Gesamtheit liegenden großen Aufgaben kann aber nicht von den Gewerkschaften allein erwartet werden. Sie müssen in ihren Bemühungen um die Behebung der Notlage der jüngeren Erwerbslosen von Staat, Gemeinden und allen sonst in Betracht kommenden öffentlichen Körperschaften unterstützt werden. Darüber hinaus müssen die öffentlichen Organe die notwendigen Fürsorge- und Ausbildungsmaßnahmen treffen.

Im besonderen ist notwendig:

1. Schaffung von Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche, die noch keinen Beruf ergreifen oder eine begonnene Ausbildung nicht zu Ende führen konnten, sowie für jugendliche Arbeiter und Angestellte, bei denen die Gefahr besteht, daß die bereits erworbenen beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten durch lange Arbeitslosigkeit verloren gehen. Die Berufs- und Fachschulen, öffentlichen Betriebe sowie stillgelegte Betriebe oder Betriebsabteilungen können diesem Zweck nutzbar gemacht werden.
2. Den jüngeren Arbeitslosen durch Schulungsveranstaltungen die Möglichkeit zur Erhaltung und Weiterentwicklung ihrer erworbenen beruflichen Kenntnisse zu bieten.
3. Von den Gemeinden die Bereitstellung von Aufenthalts- und Zusammenkunftsräumen zu verlangen, die den erwerbslosen Jugendlichen zur Veranstellung oder zu zwangslösem Beisammensein zur Verfügung stehen. Leitung und Aufsicht ist soweit wie möglich von den Gewerkschaften zu stellen, zumindestens muß die Mitwirkung der Gewerkschaften gesichert sein.
4. Die Zahlung ausreichender Arbeitslosenunterstützung oder Gewährung der für den Lebensunterhalt notwendigen Leistungen.

Diese Entschliessung ist eine weitere, aus der besonders schwierigen Lage der jüngeren Erwerbslosen sich ergebende Ausführung zu den in Zürich (22. Jänner 1931) von der gemeinsamen Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefassten Beschlüssen.

Der I. G. B. appelliert an das öffentliche Gewissen, sich der Verpflichtung gegenüber die junge Generation des arbeitenden Volkes bewußt zu sein und empfiehlt allen Gewerkschaften dringend, sich für die Verwirklichung dieser Forderungen mit allen Kräften einzusetzen."

Wie sie lügen!

Das Zentralorgan der kommunistischen Partei, "Rude Právo" bringt unter einem zweifelhafte Titel die Nachricht, daß die sozialdemokratischen und tschechisch-nationalsozialistischen Landesvertreter in der Sitzung der Budgetkommission vom 20. September für die Herabsetzung der Gehälter der Landesangestellten gestimmt haben. Diese Behauptung ist eine handgreifliche Lüge. Im Landesvoranschlag für 1933 sind nicht nur die Gehälter der Landesangestellten mit demselben Betrage präliminiert wie im vorigen Jahre, sondern es ist auch die Weihnachtsgelohnzulage der Landesangestellten für das Jahr 1933 ebenso bemessen wie dies im Voranschlag für 1932 war. In dieser Form und mit diesen Ziffern wird auch der Voranschlag der im Oktober zusammentretenden böhmischen Landesvertretung vorgelegt werden und die gesamte Öffentlichkeit wird danach feststellen können, daß die Behauptung des "Rude Právo" eine böswillige Verleumdung ist.

Protestkundgebungen von Gemeindevertretern. Bekanntlich sind die in vielen deutschen Gemeindevertretungen gefassten Protestbeschlüsse gegen die Duxer Vorfälle von den Bezirksbehörden stiftet worden. Nunmehr hat der Ortsrat für Prag I.—VII. einen Antrag angenommen, wonach er sich den Protestkundgebungen der "nationalbewußten" Prager Bevölkerung gegen die deutsche Sendung des Radio-Journals anschließt und fordert, daß den Germanisierungsbemühungen des Prager Radios ein Ende gemacht werde. Man darf neugierig sein, ob die staatliche Aufsichtsbehörde auch in diesem Falle von der Unterfagung des Beschlusses Gebrauch machen wird. Jedenfalls geht den Prager Ortsrat die deutsche Sendung des Radio-Journals nichts an.

Kommunistische Angst vor der Einheitsfront.

Die Verwirklichung der Einheitsfront — "Opportunismus".

Das Rufen der Kommunisten nach der Einheitsfront wird immer mehr als ein plumper Schwindel und ein leichtsinniges Spiel mit den Lebensinteressen der Arbeiterklasse enthüllt. Wir haben schon an der Ablehnung des Einheitsfrontangebotes unserer Arbeiter Genossen durch die Kommunisten gezeigt, daß die Kommunisten in Wirklichkeit die Einheitsfront gar nicht wollen und sind nun in der Lage, ein zweites Beispiel dafür anzuführen, daß

die Kommunisten das wirkliche Zusammengehen von kommunistischen und nichtkommunistischen Arbeitern fürchten, wie der Teufel das Weihwasser.

In Politisch im Bezirk Komotau fanden am Sonntag Gemeindevahlen statt, wobei die Kommunisten zwei Mandate verloren, die deutschen Sozialdemokraten ihre Mandatszahl behaupteten, die Sakentruerler zwei Mandate gewannen und die tschechischen Nationalsozialisten auch um zwei Mandate mehr erhielten. Die tschechischen Nationalsozialisten hatten mit den Kommunisten gekoppelt, damit keine Stimme eines tschechischen Arbeiters dem Büro zum zugute komme. Die Kommunisten in Politisch hatten dieser Kuppelung im Hinblick auf den bekannten Gott-

wald-Brief: "Sich vereinigen, kämpfen, siegen" vorgenommen und werden nun in der kommunistischen Presse ganz gehörig gerüffelt. Die kommunistische Presse zeigt die holschiger Kommunisten des Opportunismus und schreibt:

Dieser Vorfalle zeigt der gesamten Parteimitgliedschaft, daß auch in der Zeit eines revolutionären Aufschwunges Niederlagen unvermeidlich sind, wenn die Kommunisten opportunistisch vorgehen.

Ein paar kommunistische Arbeiter in Holschitz haben also im Gegensatz zum Schreiber den Gottwald-Brief ernst genommen und haben eine Einheitsfront ausgerufen. Das ist aber den Herrschaften von der kommunistischen Parteileitung nicht recht, die nur nach der Einheitsfront rufen, aber den größten Schreck bekommen, wenn Arbeiter mit der Einheitsfront irgendwo ernst machen. Die Durchführung der Einheitsfront bescheiden dann die Kommunisten als Opportunismus, nur aus dem Grunde, weil sie dabei eine Wahl Niederlage erlitten haben. Die Verwirklichung der Einheitsfront schadet nämlich niemandem mehr, als den Kommunisten, und wir werden es in der nächsten Zeit noch erleben, daß niemand anderer von der Einheitsfront mehr desertiert als eben die kommunistische Partei.

Tagesneuigkeiten

Das Nationalverteidigungsministerium gibt uns Aufklärung.

Zu dem Reservistenbrief aus der Slowakei, den wir in unserer letzten Samstag-Nummer dem „Adlergebirgsboten“ nachdrucken, erhielten wir nun vom Vorstand der politischen Abteilung des Ministeriums für nationale Verteidigung einen längeren Brief. Was die Angelegenheit des Soldaten Miroslav Kováčik anlangt, so wird erfreulicherweise festgestellt, daß gegen jenen Stabsfeldwebel (Brutthaus mit Namen), der nach Angabe des Soldaten diesem eine Ohrfeige auf die kranke Wade gab, bereits die Strafanzeige beim Militärprokurator erstattet wurde. Der Fall wird also gerichtlich verhandelt werden. Auf die weitere Mitteilung des Reservisten, daß die Mannschaft Schäden bezahlen mußte, die auf den Feldern und bei den Übungen entstanden, reagiert das Nationalverteidigungsministerium mit der Erklärung, daß bei einer am 29. August stattgefundenen militärischen Übung einige Soldaten absichtlich Feldschaden durch Diebstahl von Gurken, Melonen und Kukuruz verursacht hätten, und daß die Soldaten sich bereit erklärten, den Besitzern (armen Ziegelfabrikanten) den Schaden mit je 50 Hellern oder einer Krone zu ersetzen. Diese Beträge wurden aber den Soldaten nicht von der Lohnung abgezogen. Hierzu bemerken wir, daß uns diese Erklärung des Ministeriums weit mehr genügen würde, wenn wir den sicheren Eindruck hätten, daß jene Soldaten, die Gurken und Melonen nur aus jugendlichem Leichtsinne oder Uebermut stahlen; leider ist aber die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die betreffenden Soldaten eben einfach Hunger hatten und sich auf diese Weise eine zwar gewiß unerlaubte und vielleicht sogar sträfliche, aber dennoch verständliche Aufbesserung ihrer Menage verschafften. — Schließlich wird in dem Brief des Ministeriums noch auseinandergesetzt, daß bei jenen Unfällen, von denen der Reservistenbrief berichtet, den Verletzten sofort zureichende Hilfe zuteil wurde.

Wir haben es als unsere selbstverständliche Pflicht angesehen, der Darstellung des Ministeriums Raum zu geben und dürfen es vielleicht schon als einen kleinen Fortschritt bezeichnen, wenn, wie in diesem Falle, Beschwerden nicht einfach ungehört verhallen, sondern untersucht werden und wenn der Öffentlichkeit das Ergebnis der Untersuchungen bekanntgegeben wird.

Auf der Suche nach dem veruntreuten Geld.

Wieder 269.000 K gefunden.

Von der Brünner Polizei wurden am Mittwoch in den Wäldern bei Křtiny 269.000 K gefunden, die die Marie Křizál dort vergraben hatte. Es fehlen somit noch ungefähr 800.000 K von dem dem Tabakhauptverlag veruntreuten Gelde.

Wieder eine Hinrichtung in Frankreich.

Paris, 22. September. Heute früh wurde in Versailles der 30jährige Landwirtschafsaarbeiter Barranger, welcher seinen Arbeitgeber ermordet hatte, hingerichtet. Der Präsident der Republik hatte es abgelehnt, Barranger zu begnadigen, da dieser sich eines Mordmordes schuldig gemacht hatte. Der Präsident begnadigte aber einen anderen zum Tode verurteilten Mörder, welcher einen ihn verfolgenden Polizeiwachmann getötet hatte.

Arbeitslosenunruhen in Liverpool.

Liverpool, 22. September. (Reuter.) Bei den letzten Demonstrationen und Ausschreitungen der Arbeitslosen wurden 18 Zivilisten und 7 Polizisten verletzt. Alle mußten ins Krankenhaus geschafft werden. 16 Personen wurden verhaftet. Viele Nahrungsmittelgeschäfte wurden geplündert.

Schmuggel im Panzerauto.

Straszen (Kreis Geldern, Rheinland), 22. September. Zollbeamten gelang es, ein gepanzertes Schmugglerautomobil unweit der Stadt Straszen zu stellen. Der Kraftwagen hatte bereits die Grenzposten passiert, wurde jedoch von den Zollbeamten heftig beschossen. Der Führer sah sich aus diesem Grunde gezwungen, anzuhalten, entfloß jedoch unerkannt. Ein verletzter Schmuggler, der im Wagen lag, wurde festgenommen. Im Wagen selbst fand man viele Zentner Tabak und Kaffee, die über die Grenze geschmuggelt werden sollten.

Ein Kriminalbeamter in Rotwehr erschossen.

Von einem sozialdemokratischen Zeitungswerber. Frankfurt a. M., 21. September. Ein tragisches Mißverständnis hat einem hiesigen Kriminalbeamten das Leben gekostet. In der Nacht zum Samstag begegnete sich um zwei Uhr früh auf menschenleerer Landstraße in Wilhelmshöhe bei Hanau ein rabelnder Kriminalbeamter in Zivil, der gerade eine Razzia nach Felddieben durchgeführt hatte, und der sozialdemokratische Zeitungswerber Holl aus Frankfurt-Indlingen, der von einer Werbetour nach Frankfurt zurückkehrte. Der Kriminalbeamte, der ohne Licht fuhr, begann Holl zu verfolgen in der Annahme, einen flüchtigen Felddieb vor sich zu

Widerstand gegen Steuereintreibungen.

Gendarmerie schießt: Ein Toter, mehrere Verletzte.

In Karpathoruthland kam es vorgestern zu blutigen Zusammenstößen zwischen Gendarmen und den Einwohnern des Dorfes Rizni Apši im Bezirk Radow, welche die Durchführung von Steuereintreibungen zu verhindern suchten. Die Gendarmerie feuerte zwei Salven ab, welche den Tod eines 70jährigen Bauern und Verletzungen einer Anzahl von Demonstranten zur Folge hatten. Der amtliche Bericht schildert die Ereignisse folgendermaßen:

Auf Anordnung des Bezirksamtes in Tiadovo (Táčov) wurden dem Gerichtsexekutor aus Tiadovo für seine Amtshandlung in der Gemeinde Rizni Apši neun Gendarmen und vier Finanzwachleute zur Assistenz beigegeben. Die Amtshandlung wurde durch eine Volksmenge, die aus zirka 600 Personen bestand, behindert, und da die Gendarmerie von der Waffe keinen Gebrauch machen wollte, zog sie sich in das Gendarmeriegebäude zurück.

Die Volksmenge nahm eine drohende Haltung an und drohte, das Gebäude, in dem die Gendarmeriestation untergebracht ist, anzuzünden, wenn ihr der Exekutor nicht ausgeliefert werde.

Als es dem Gendarmeriekommandanten gelungen war, die Volksmenge einigermaßen zu beruhigen, begab sich diese vor das Gebäude des Notars, wo sie unter Gewaltanwendung vom Notar eine Bestätigung erpreßte, monach die Gemeinde von der Zahlung von Abgaben und Steuern befreit sei. Diese Bestätigung wurde der Menge auch übergeben.

Hierauf zog die Volksmenge, mit Stöcken, Knütteln und Säcken bewaffnet, abermals vor das Gebäude der Gendarmerie und forderte neuerdings, daß der Exekutor, der dort versteckt war, ausgeliefert werden solle. Die Gendarmerie benützte Knüttel und drängte die Volksmenge zirka 60 Schritte von der Gendarmeriestation ab,

wobei sie vor dem Gebäude der tschechischen Schule mit Steinwürfen überfallen wurde. Der Gendarmeriekommandant ließ die Umgebung der Schule räumen. Bei der Räumung dieser Stelle überschüttete die Menge in der Nähe des Baches, der den Ort durchfließt, die Gendarmerie mit einem Steinhaufen, wodurch zwei Gendarmen und drei Finanzwachleute verletzt wurden. Ihre Verletzungen sind aber leichter Natur.

Als auch die in rumänischer Sprache gegebene Aufforderung zum Auseinandergehen nicht befolgt wurde und die Gendarmerie neuerdings mit einem Steinhaufen überschüttet wurde, ließ der Stationskommandant eine Salve abfeuern, und als dies ohne Erfolg blieb, gab er den Befehl, eine zweite Salve abzugeben. Im ganzen wurden fünfundsiebenzig Schüsse abgegeben. Der 70jährige Bauer aus Rizni Apši, Michael Mikalo, wurde durch eine Kugel, die von einem Stein abprallte, in den Kopf getroffen und getötet.

Außerdem wurden drei Personen durch Schüsse verletzt (eine schwer und zwei leicht. 12 bis 13 Personen sollen noch durchwegs leicht an den Rippen verwundet worden sein.

Von diesen Personen hat sich aber niemand gemeldet. In Rizni Apši herrscht Ruhe. — Zum Einschreiten kam es gestern um 13 Uhr 15 Minuten.

haben. Er rief: „Halt, absteigen“, ohne sich jedoch als Beamter zu erkennen zu geben. Holl fühlte sich bedroht und gab einen Schreckschuß ab. Darauf schoß der Beamte, während beide in schnellem Tempo auf Waldwegen dahinsauften, fünfmal in einer Entfernung von 15 Metern auf Holl, ohne ihn jedoch zu treffen. Nun schoß Holl seinerseits rückwärts auf seinen Verfolger und traf ihn so unglücklich in den Bauch, daß die Därme siebenmal zerrissen wurden. Holl alarmierte sofort die Rettungstation und die Polizei. Arbeiterkameraden brachten den Schwerverletzten ins Krankenhaus. Als man feststellte, daß der Verletzte ein Kriminalbeamter ist, wurde Holl festgenommen. Er war im Besitz eines Waffenscheines und gab an, daß er sich in höchster Gefahr geglaubt habe. In der Nacht zum Dienstag ist der Kriminalkommissar seinen schweren Verletzungen erlegen. Holl wurde inzwischen aus der Haft entlassen, weil auch die Staatsanwaltschaft „bermeintliche Notwehr“ annehmen dürfte.

Holl ist als Werber für die sozialdemokratische „Volksstimme“ und das sozialdemokratische Wochenorgan für Bessen-Rassau „Rote Post“ mit einzigartigem Erfolg tätig gewesen. Binnen Halbjahresfrist hat er als Werber mehr als 3000 „Rote Post“-Abonnenten gewonnen.

Rahenheldentod. Wir sind noch nicht wieder so tief in der „großen Zeit“, daß die Herren von der ehrfamen Kunst der Giftgasfabrikanten ihre Erzeugnisse, die sie (wie die Radioindustrie immer neue und bessere Geräte anbietet), stets vollendet auf den Markt bringen, an Menschen ausprobieren können. Sie müssen deshalb mit Tieren vorlieb nehmen. Der deutschen Phosgen-Gesellschaft war es kürzlich darum zu tun, genaue Kurven, Statistiken, Messungen und Berechnungen anzustellen, wie sich heutzutage bei dem weit ausverbreiteten Giftgas so ein schöner Heldentod machen würde. Sie lauschte daher zweitausend Ragen, die sie in einen verschlossenen Raum brachte, in den nach den Regeln der Kunst das neue Giftgas gelassen wurde. Das Experiment sah dann nach einem Zeitungsbericht so aus:

Die Ragen sprangen wie wild in dem Raum herum, aus dem sie verzweifelnd einen Ausweg suchten. Aus ihren Augen und den Speicheldrüsen ihres Mundes tropfte es unaufhörlich herab. Vergebens versuchten sie mit ihren Pfoten die Augenschmerzen zu lindern. Daß die Tiere den Kopf möglichst hoch hielten, hatte seinen Grund in der Sucht, besser atmen zu können (da das Gas schwerer als die Luft ist, und die Tiere versuchten, die gute Luft einzatmen). Dann drückte der Professor auf einen Knopf, wodurch ein Ventilator in dem Versuchstraum in Bewegung gesetzt wurde. Das Ertrinken begann. Die Mäuler der Tiere waren weit geöffnet; es bildete sich Schaum, die Gesichter wurden blau. Immer langsamer und schwächer wurde die Atmung, bis eine Rage nach der anderen vor Erschöpfung umfiel. Einige unter schweren Krämpfen und Zuckungen. Selbst wenn man nun die Tiere aus der vergifteten Luft herausbrachte, starben die meisten nach vierundzwanzig Stunden. Ein Tier starb erst vierzehn Tage nach einem solchen Versuch.

Und so werden auch die Menschen sterben. . . . So wie die zweitausend Ragen lebendigen Leibes zu Tode gequält wurden, genau so werden im Kriege der Zukunft hunderttausende oder Millionen Menschen verrecken, damit die Phosgen-Gesellschaft zu ihrem Geschäft kommt. Das nennt man Hel-

dentod. Sollte man nicht, ehe es so weit kommt, alle Kriegsheker und Nachschreiber einsperren und sie genau wie die zweitausend Ragen Giftgas einatmen lassen? Dann müßten sie doch endlich einmal, wie so ein richtiger Heldentod ist!

Begnadigung des Mörders Volovik. Der Russe Alexander Volovik, der wegen der vor zwei Jahren erfolgten Ermordung eines Juweliers, den er in seinem im Zentrum der Stadt gelegenen Geschäft ausrauben wollte, zum Tode verurteilt worden war, wurde, wie die „Prager Abendzeitung“ meldet, vom Präsidenten der Republik zu lebenslänglichem Kerker unter den üblichen Verschärfungen begnadigt. Volovik wurde damals nach einer aufregenden Jagd von Polizeibeamten und Militärpersonen am Pilsener Bahnhof verhaftet. Dabei kam es zu einem Geplänkel zwischen Volovik und den ihn verfolgenden Sicherheitsbeamten, wobei ein Polizist verletzt wurde.

Die Autoraferei. In Böhmischem Krumau wurde vor der Einfahrt zur Stadt der siebenjährige Sohn des Briefträgers Reischer von einem Lastkraftwagen überfahren und schwer verletzt. Der Knabe erlag seinen Verletzungen.

Die kirchenfrommen Nazis. Die Wiener Nationalsozialisten hatten die Absicht, gelegentlich des gegen Ende September in Wien stattfindenden Gauparitätages am Stephans-Don ein feierliches Hochamt lesen zu lassen. Auf eine diesbezügliche Anfrage beim bischöflichen Ordinariat erhielten sie einen abschlägigen Bescheid, in dem es heißt: Die Veranstaltung einer hl. Messe im Stephans-Don für geschlossene Formationen mit Fahnen kann leider aus grundsätzlichen Erwägungen nicht bewilligt werden.

Ein polnischer Soldat wegen Spionage erschossen. In der Warschauer Zitadelle wurde gestern ein 22jähriger Soldat des polnischen Funkentelegraphenregimentes erschossen, nachdem er in einem zweitägigen Standgerichtsverfahren wegen Spionage zum Tode verurteilt worden war. Das Urteil wurde sofort nach seiner Verurteilung vollstreckt.

Vom Zuge getötet. Der 57jährige Arbeiter Josef Kuti aus Märzdorf wurde, wie uns aus Klotzler berichtet wird, beim Ueberstreiten eines Bahnüberganges zwischen Fürstentum und Klotzlerle von der Lokomotive eines Personenzuges erfasst und getötet. Der Unglückliche litt an einem Hörschler und dürfte das Herannahen des Zuges überhört haben.

Das strenge Radiogesetz. Der stellenlose Kontorist A. U. beschäftigt sich gelegentlich mit der Vermittlung von Verkäufen von Radioapparaten für ein Teplitzer Radiohaus. Anfang März hatte er in Gruppen einen Interessenten für ein Radiogerät gefunden; der Käufer machte jedoch den Kauf von einer vorherigen Vorführung abhängig. U. brachte nun am Nachmittag des für die Zusammenkunft vereinbarten Tages das verlangte Radiogerät in seine Wohnung. Bereits eine halbe Stunde nach seinem Eintreffen erschien bei ihm die Gendarmerie und beschlagnahmte das Radio mit der Begründung, daß U. zur Aufbewahrung keine Bewilligung besitze. Laut erfolgter Anzeige hatte sich U. vor dem Leimertiger Kreisgericht wegen Uebertretung des Radiogesetzes nach § 24 zu verantworten und wurde trotz seiner Verantwortung, daß er doch nur als Vermittler (Vote) beim Kaufabschluß fungierte und als solcher nur die Ausgabe hatte, das Gerät vorzuführen, schuldig erkannt und mit einer einjährigen Bewährungsstrafe zu zehn Tagen verschärften Arrest verurteilt, weil er nicht im Besitz der vom Gesetze vorgeschriebenen Verkäufer-Legitimation war. Der Richter bedauert sich die Entscheidung über die Beschlagnahme des Gerätes vor bis nach Ueberprüfung



Professor Max Stevogl.

ein hervorragender deutscher Maler (Impressionist), ist in diesen Tagen in Landau auf seinem Großgrundbesitz gestorben. Er war 64 Jahre alt.

der Verantwortung des Beschuldigten, der angab, er sei niemals in den Besitz des Gerätes gelangt, gleichwohl sei er aber der Verkaufsfirma für den durch die Beschlagnahme entstehenden Schaden haftbar.

Das Gold der „Egypt“. Das italienische Schiff „Artiglio“ brachte Mittwoch abends nach Plymouth eine Gold- und Silberladung im Werte von 90.000 Pfund Sterling (d. i. fast 11 Millionen RM), das es vom Brod der „Egypt“ gerettet hatte, die im Jahre 1922 bei der bretonischen Insel Quessant gescheitert war. Bisher brachte das Schiff „Artiglio“ von der „Egypt“ Gold und Silber im Werte von 650.000 Pfund Sterling in Sicherheit, so daß vom Brod noch Gold und Silber im Werte von 350.000 Ké an Land gebracht werden muß. Die „Artiglio“ unternimmt heute zum Brod seine fünfte und für dieses Jahr letzte Fahrt. Die Arbeiten werden im Frühjahr des nächsten Jahres wieder aufgenommen werden.

Der stärkste Kraftwagen der Welt wird, wie uns aus Weipert gemeldet wird, demnächst den Verkehr auf der Linie Annaberg-Dresden, bzw. Annaberg-Chemnitz aufnehmen. Es handelt sich um einen Autobus der staatlichen Kraftwagenverkehrs A.-G., Sachsen, der zwei Motoren von zusammen 320 Pferdestärken besitzt, deren einer auf ebener Straße und während der Talfahrten ausgeschaltet wird, während bergwärts beide Motore den Wagen treiben. Der neue Wagen, ein geradezu überdimensionales Fahrzeug, ist ein Hüfling MAG und wird den Namen „Typ Fichtelberg“ erhalten. Seine Normalschwindigkeit wird 50 bis 60 Kilometer betragen, die er auch bei Bergauffahrten einhalten kann. Der Omnibus hat ein Gewicht von 16 Tonnen und ist derzeit der stärkste Kraftwagen der Welt. Er faßt 40 Personen.

Kinderkalender „Freundschaft 1933“. Der zweite Jahrgang des vom Reichserziehungsbeirat herausgegebene Kalender für Arbeiterkinder ist bereits erschienen. Seine Ausstattung und sein Inhalt sind wieder mit größter Sorgfalt ausgewählt worden. Der Kalender wird sicher allen Arbeiterkindern große Freude bereiten. Pflicht aller Genossen muß es nun sein, für die größte Verbreitung des Kalenders Sorge zu tragen. Erleichtert wird diese Arbeit noch dadurch, daß in diesem Jahre der Preis von 4 auf 3 Kronen herabgesetzt wurde. Der Kalender kann von allen Gausleitungen der Kinderfreunde oder direkt vom Reichssekretariat der Kinderfreunde, Bodenbach, Poststraße 813, von der Zentrale des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes und seinen Untergliederungen und vom Prager Parteisekretariat bezogen werden. Sorgt dafür, daß kein Arbeiterkind ohne unseren Kinderkalender „Freundschaft“ ist!

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag. Prag: 6.15 Gymnastik. 11.00 Schallplatten. 13.40 Schallplatten. 18.25 Deutsche Sendung: Direktor Volkner: Wenig bekannte Dichtungen. 19.00 Stimmungsabend. 20.00 Johann-Strauß-Konzert. — Brünn: 14.30 Orchesterkonzert. 18.25 Deutsche Sendung: Kammermusik. 22.00 „Cocktail“, Operette von Benach. — Mähr.-Osterr.: 10.00 Musik. 18.00 Mandolinenzert. — Berlin: 20.00 Orchesterkonzert. — Hamburg: 19.25 Mandolinenzert. — Königsberg: 20.00 Theodor Körner zum Gedenken. — Rühlacker: 16.30 Feiters Männer-Quartette. 20.00 Bunter Abend. — München: 16.10 Gitarrenkonzert. — Wien: 19.35 Armand Tostathan: Lieber und Arien. 20.05 „Der letzte Akt“, Hörspiel.

Tschechoslowakischer Rundfunk am Polar-Kreis. Der slowakische Journalist Paľan fandte der Redaktion des Tsch. P.-B. eine Ansichtskarte aus dem finnischen Städtchen Rovaniemi, die vom 10. September 1932 datiert ist. Rovaniemi liegt unmittelbar am nördlichen Polarkreis. Auf der Ansichtskarte teilt uns der Journalist in slowakischer Sprache mit: Heute habe ich schon zum zweitenmal hier unseren tschechoslowakischen Rundfunk gehört und dies gerade, als das Tsch. P.-B. seine Nachrichten auslieferte. Ihr könnt euch meine Freude nicht vorstellen, als ich hier inmitten einer so fremden und weit entfernten Gegend, wo man sich so schwer mit den Leuten verständigen kann, unverhofft unsere Sprache hörte. Ich grüße alle unsere Landsleute vom nördlichen Polarkreis, von dem Lande der tausend Seen und Wasserfälle.

Der fünfte internationale Serno-ogen-Kongress.

Brünn, 22. September. Nach kurzer Pause wurde Mittwoch das erste Kapitel der Kongress-ordnung „Eugenik und Sexualität“ in Angriff genommen. Als erster sprach Universitätsprofessor B. Lehradel-Brünn. Nachmittags kam Genosse Dr. Hugo Jitis zu Wort und sprach über das Thema „Mendelismus und Sexualität“.

Der hierauf zu Worte kommende Dr. J. S. Sennbach-Kopenhagen erklärte, daß die Eugenik das Ergebnis der Erblichkeitsforschung ist. Eugenische Forschungen sind natürlich bei Haustieren leichter möglich als bei Menschen, denn Religion und Weltanschauung hindern daran, eugenische Maßnahmen bei Menschen anzuwenden. Der eugenische Gedanke läßt sich nur verwirklichen, wenn sich die Menschheit von allen religiösen Dingen befreit habe, nur der Sozialismus wird imstande sein, diese Voraussetzungen zu schaffen. Wir Sozialisten müssen vor allem das Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung und der Sterilisierung bekämpfen und der Sozialismus wird der Eugenik den Weg bahnen.

Dr. Lothar Spülmann-Brünn vertrat in seiner Rede die biologische Ansicht Alfred Döblers, wonach die persönlichen Eigenschaften, nicht wie man früher glaubte, Produkte von Anlage und Umgebung seien, sondern daß die schöpferische Persönlichkeit durch ihre Zielsetzung einen entscheidenden Einfluß übe. Diese Ansicht, welche den Meinungen der Vererbungstheoretiker widerspricht, rief in der folgenden Debatte Entgegnungen von Genossen Dr. Jitis und Dr. Magnus Hirschfeld hervor.

Der Kongress zog gestern vormittag Erziehungsfragen in Beratung mit besonderer Berücksichtigung des Prostitutions-Problems. Prof. Trüb von der Brünnener Universität legte den modernen Standpunkt dar, daß die Dönanie in gewissem Umfange eine normale Erscheinung ist und der Prostitution vorzuziehen sei. Vom alten Glauben an die Verursachung schwerer Krankheit durch die Dönanie müsse energisch abgesehen werden.

Genossin Sophie Lazarfeld erklärte sich mit Prof. Trüb einverstanden und erbrachte interessante Beispiele der schweren Folgen salziger Angst vor der Wirkung der Dönanie. Dr. Hodanun aus Berlin betonte gleichfalls, daß die Dönanie nicht zur Pathologie gehöre, sondern im Rahmen der Physiologie des Geschlechtslebens zu behandeln ist. Die Therapie ist eine Frage der Erziehung und der Erziehungspolitik und damit der Politik überhaupt.

Norman Haire über das Problem der Geburtenregelung.

Unser Berichterstatter hatte Gelegenheit, mit dem 2. Vorsitzenden des in Brünn tagenden fünften internationalen Serno-ogen-Kongresses, dem bekannten englischen Sexualforscher Prof. Dr. Norman Haire, London, zu sprechen. Auf die Frage, ob ihm der Stand der Geburtenregelung über die Fruchtbarkeitsregelung in der Tschechoslowakei und der Weizner'sche Geburtenwert zur Mitteilung des Abtreibungsparagrafen bekannt sei, erklärte er, daß ihm die Einzelheiten zwar nicht geläufig seien, daß er aber glaubt, daß die tschechoslowakische Geburtenregelung im allgemeinen mit der englischen deckt und daß er zum Grundgedanken des Weizner'schen Gesetzes wurde, daß die Abtreibung gestattet sein soll, zarter der Voraussetzung, daß sie in Kliniken und von sachkundigen Ärzten durchgeführt wird. „Ich selbst“, sagte Haire, „bin bereit so weit zu gehen, als ich eben gehen darf. Die Auslegung des Gesetzes in England ist nämlich weit strenger, als in der Tschechoslowakei und ein Arzt, der sich eines Verstoßes gegen dieses Gesetz schuldig macht, hat außer einer Gefängnisstrafe auch den Ausschluß aus der Ärztekammer und damit den dauernden Verlust seiner Praxis zu gewärtigen.“

Dr. Haire kam sodann auf die Geburtenregelungsfrage in England zu sprechen und legte, daß die strenge Auslegung des Gesetzes es verursacht, daß viele Frauen förmliche Abtreibungstreffen auf dem Kontinent unternehmen. Viele Frauen sind der unsichtbare Export Englands. Hingegen kann ruhig behauptet werden, daß England die besten Geburtenregelungsberatungsstellen der Welt besitzt. Die erste Beratungsstelle wurde im Jahre 1921 von Dr. Marie Stopes in London gegründet. Dr. Stopes war allerdings nicht Ärztin, sondern Naturwissenschaftlerin. Einige Monate später wurde die erste medizinische Beratungsstelle von Dr. Norman Haire selbst gegründet. Heute gibt es in England 20 bis 30 solcher Beratungsstellen. Sehr schlecht sind die Frauen der proletarischen Klasse daran. Sie sind von der Möglichkeit, eine Schwangerschaftsunterbrechung herbeizuführen, fast vollkommen ausgeschlossen, da eine solche nur auf Grund eines spezialärztlichen Zeugnisses zulässig ist und eine arme Frau nicht in der Lage ist, sich das Zeugnis eines Spezialarztes zu beschaffen. Das Gesetz gestattet eine Schwangerschaftsunterbrechung nur verheirateten Frauen, deren Gesundheit durch die Schwangerschaft bedroht ist. Dies ist, so schloß Dr. Haire die Unterredung, für uns schon sehr viel, aber natürlich noch lange nicht alles. Unser Streben zielt darauf hin, das Gesetz in der Richtung hin zu novellieren, daß nicht nur gesunde, sondern auch eugenische und soziale Momente für die Erlaubnis einer Schwangerschaftsunterbrechung maßgebend sein können.

Eine offene Postkarte an den Reichstagspräsidenten.

Das Berliner Blatt der Nationalsozialisten, der „Angriff“, veröffentlicht eine Postkarte, die dem Reichstagspräsidenten Goering aus Oldendorf, Kreis Strehlen (Schlesien), zugegangen sei, und die folgenden Text habe:

„Esel empfindet jeder anständige Deutsche, wenn er Ihr plummes Ueberrumpelungsmandat gegen die Regierung und Ihren Verfassungsbruch betrachtet. Wir haben in dieser Gegend ehrlich für einen Zusammenschluß aller Nationalgestimmten gearbeitet. Hitlers Größenwahn, seine Zucht, den deutschen Mussolini oder einen neuen Messias zu spielen, hat den nationalen Zusammenschluß geschlagen. Der lahende Dritte ist der Marxismus. Schon jetzt ertönt überall der Ruf: Los von Hitler! Was haben Sie und er bisher geleistet? Gearbeitet nichts! Durch Spazierengehen in brauner Uniform und Heil-Hitler-Rufen wird das Deutsche Volk nicht gerettet. Wie herrlich nimmt es sich aus, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Arm in Arm in Untersuchungsabteilung mit den Kommunisten zu sehen! In ausgezeichnete Hochachtung Otto Graf Königsmarck.“

In einem kurzen Kommentar nennt der „Angriff“ diese Äußerungen ein Selbstporträt der Reaktion, der Verkörperung von Ständedünkel, Selbsteshohheit und Gemeinheit.

Ein gewalttätiger Inzassst. Aus Kladau wird uns berichtet: Der bei der Firma Altmann in Karlsbad als Inzassant angestellte J. T. aus Meretz bei Klosterlebesch besuchte in den letzten Tagen auch eine Frau Anna Fischer in Leskau, bei welcher er ebenfalls eine Ratenzahlung einheben wollte. Da die Frau sich in ihrer Wohnung allein befand, benötigte T. die Gelegenheit zu einem Notzuchtsattentat, das ihn, da er die Frau mit dem Tode bedrohte, schließlich auch glückte.

Gott schütze uns vor Geedeforschern!

Wanderung an der Grenze des Sächsischen und Römischen.

Von Erich Gollgetreu.

„s rächnd derwecken sehr.“
Ja, das tat's. Der Herr, der mich mit diesen Worten einholte, sprach zweifellos die Wahrheit. Zeiffen lag hinter uns, nun folgte man erlaube das Wortspiel, ein Regen, der sich gewaschen hat. Das Erzgebirge lag die Flut voll unerfülllicher Gier in sich auf. Weit und breit enttauchte dem Regennebel kein Haus, in das man hätte flüchten können. Und wegen Wisumangels bestand für uns beide auch keine Möglichkeit, auf die tschechische Seite zu entweichen.

Zum Regen floh noch die Flut des Schwafes. Daß mein Begleiter Oberlehrer war, aus der Stadt Grimma stammte, hatte er mir schon nach den ersten fünf Minuten unseres Zusammenwanderns erzählt: er sagte er hinzu: — das heißt, nu haba's Fischen. Nu binch bloß Geedeforscher. Ich: „Was erforschen Sie denn bei dem Regen an Goethe?“ „Nu, 's is wecken Geedejahr. Zu erforschen gibts nicht, awr ich wandle auf Geedes Spuren. Ich mach' nach Altensberg, wo er anno dreizehn bergbauliche Studien gedriem hat. Wollne nich mitgommn? Geede schrieb über diese wunderbare Gegend in sein Tagebuch —“: er holte ein Bändchen Goethe aus dem Rucksack und zeigte mir, es goß noch immer, die Stelle: „Wie segne ich den Genius, der mich zum Aufschauen dieser Gegend getrieben hat, die so lange das Ziel meiner Zehnucht gewesen ist.“

Goethe hat gut segnen. Damals floh sicher nicht der Himmel aus.

Ich wollte mitkommen, da ich sowieso nach Altenberg zu wandern beabsichtigte. Anfänglich hatte ich allerdings nicht an Goethe, sondern nur an Erholung gedacht. Schwimmen wollte ich nicht. Aber der Regen, der uns mittlerweile bis auf die Haut durchnäßt hatte, ließ nicht nach und zwang uns, in der hart an der Grenze gelegenen Torfbaude, die wir gegen sieben Uhr abends erreichten, zu übernachten. Herr Oberlehrer Feyold — er stellte sich vor, als ob er Böhld hieße — fand ohne weiteres sein Unterkommen, weil er Mitglied eines Alpenvereins war; die richtigen Sachen verrehren ja die Alpen schon deswegen, weil sie die Alpenvereine hervor gebracht haben. Und ich bin ja nun so wenig vereinsgetreu. Also wäre mein Fall „grüßch“ — was kritisch heißen soll — meinte der Wirt. Es kam zu folgendem Dialog: „In gar geen' Touristenfrein sin Sie, in geen' Schieglub oder sowas?“ „Rein.“ „Nun, da gunne hier nich iernnachden.“ „Aber es regnet doch so; ich bin total durchnäßt.“ „Das is egal. Mir ham unsre Brinjühn.“ „Und können Sie die nicht mal aufgeben?“ „Nu wo dādū wir da hinommn? Da mißch heechdn mal de Frau vom Vorstand fragen, die is gerade da, meech die's ferandwordn.“ Er fragte die Frau vom Vorstand, die Frau vom Vorstand verantwortete es, indem sie ausrichtete ließ: „Ja, Sie geun' hier iernnachden, awr Sie mißn morchn frieh dror eenne Stunde Deich machen.“ „Was muß ich machen?“ „Deich. Mir baun un' ten' fors Fischen un' fors Schlit-schuhloofn, un da muß scheds (ein Jeber) mit-machn —“

Also grub ich am nächsten Morgen, mit Glibdern, die auf hartgefällten Strohfäden, nach durchfrorener Nacht, nicht grade geschmeidig geworden waren, im Schweiß meines Angesichts eine Stunde Deich. Herr Feyold, sozusagen Vereinsmitglied von Geburt, hatte das ja nicht nötig. Er stand, die Hände napoleonisch verschränkt, interessiert dabei, gab sachmännliche Ratschläge über geschickte Schaufelhaltung und

Als der später heimkehrende Gatte der Frau Fischer den Wüstling zur Rede stellte, zog T. einen Revolver, mit welchem er den Fischer bedrohte. Er schüchelte schließlich. Die Anzeige beim Kadener Bezirksgericht wurde erstattet.

Der Rundfunk rettet das Motorrad. Am Donnerstag lockte ein Mann, der sich als Franz Dufel, Sohn eines Fabrikanten, vorstellte, von einer Piager Firma ein Motorrad heraus. Mit diesem Motorrad fuhr er in ein Hotel bei Tabor, wo er im Rundfunk die Nachricht hörte, daß sein Schwindel entdeckt wurde. Er ließ das Motorrad im Hotel und verschwand spurlos.

Der Einfluß der Krise auf den Eisenbahnbetrieb zeigt sich in folgenden Ziffern: In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1932 wurden im Vergleich zu derselben Zeit des Vorjahres um 321.331 Waggons weniger angefordert. Davon entfallen auf Kohlenleistungen fast 100.000 und auf Zündungen ins Ausland über 60.000 Waggons. Auch das Sinken der Transporte von Baumaterialien und Holz ist sehr fühlbar geworden. Die Folge davon ist, daß unzählige Waggons, vor allem für Kohlenlieferungen, in den verschiedenen Stationen dauernd unbenutzt stehen bleiben mühten.

Eine Kinder-Erholungsaktion. Der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen war es möglich, 125 arme, erholungsbedürftige, schulentlassene Kinder bis zu 15 Jahren (zur Hälfte Knaben, zur Hälfte Mädchen), und zwar 90 Kinder im St. Johann-Kinderheim in Klendorf, Lüderbüsch (Tschö) und 35 Kinder im Seehospiz Kaiserin Friedrich in Nordsee (Nordsee) auf einen sechswoöchigen Erholungsurlaub in der Zeit vom 8. September bis 18. Oktober kostenlos unterzubringen. Die Begleiter berichten, daß alle Kinder ohne Ausnahme die Hinfahrt sehr gut überstanden. Beide Heime (Klendorf mit 160 Betten, Nordsee mit 350 Betten) sind große, moderne Anstalten mit staalich geprüfem Personal, mit großen lichten Räumen und allen modernen hygienischen Anforderungen.

bemerkte schließlich philosophisch: „Schedsd gomme mir vor wie Fauss. Schedsn da als freier Felsiger (Völkischer) auf freien Grund... Zinsie eichndlich ooch bei den Felsigen, bei Silder meen ich? Bei uns derheeme in Grimma, mir sin eichndlich alle felsech veranlagd...“

Wir wanderten zusammen weiter. Ich erzählte von meinen Sorgen, er von seinen. Goethe war zwischen uns gewiß kein Berührungspunkt, aber es fanden sich andere. Er hatte viel Natur-sinn, kannte jene Gegend des Erzgebirges genau, zeigte mancherlei Schönes und Kurioses. Bloß als wir mittags einkehrten, wurde er wieder zum Davonslaufen goethisch. Ich will erzählen, wie war:

Ich bestellte im Gasthof Rindfleisch mit Rudein. Dann fragte ich den Kellner: „Daben Sie auch Suppe?“ Darauf der Kellner: „Nu, wenn Sie bei uns Fleisch essen, da brauchense keine Suppe vorher.“ Ich: „Wieso?“ „Der Kellner: „Unser Fleisch, das is schon die reine Briche.“ Herr Feyold: „Unse geun' ruhig schlifn. Da brauchense sich garnich zu scheniern. Geede hat ooch geschlird, wennsu geschmegeg hat. Wissense, wie das war, wo der Islandfahrer Ahrendt bei Geede zu mittag geessen hat, es gab Danmel-braten mit Gurkensalat, der Ahrendt hat den Gurkensalat mit der Bratenbriche geschlird, dann haddr Angst gehabt, 's geheerdsch felsech nich, und da hat ihm der Geede gesagt, er soll sich nur nich scheniern, Bratensoße mit Gurkenbriche, das schmägß besonders gut.“

Erst in Zinnwald, dem Bergbauort Altenbergs, war er still. Die eigenartige Schönheit dieses loder auf die Berge verstreuten Städtchens, jedem Freund des Erzgebirges durch die strengen ersten Bilder Buchwalds bekannt, füllte ihm die Augen und stopfte ihm den Mund. Aber als wir in das jetzt infolge eines Wasserstreits vorübergehend stillgelegte und zum erstmal in seiner stilleren, leuchten Grottenpracht der Beschäftigung zugänglich gemachte Altenberger Zinnbergwerk einführten, war der Oberlehrer wieder ganz in seinem Element und hielt einen langen Vortrag: daß hier schon seit etwa 500 Jahren Bergbau betrieben werde; daß früher hier der Raubbau sehr stark gewesen sei, wodurch mitten im Ort, durch Zusammenbruch, ein ungeheures Loch, die sogenannte „Altenberger Pinge“, entstanden sei; daß zuletzt mit einer Belegschaft von 80 Mann hier pro Jahr 1200 Zentner 99,9prozentiges Fein-zinn gefördert worden sei, außerdem Wolfram, Wisnuth und Arsen. Das wußte er alles, das erfuhr ich alles, ich kann nicht sagen, daß Herr Oberlehrer Feyold ein schlechter Führer gewesen sei.

Aber der richtige Führer, den es natürlich auch gab, konnte uns noch eine besondere Spezialität zeigen: das „Wochenbett“, eine Grotte, in die sich im Spätsommer 1813 die Bevölkerung geflüchtet hatte, als sie fürchtete, von der Armee des bei Rollendorf und Kulm geschlagenen Napoleon überannt zu werden — und da unten, ich wies nicht wie viele hundert Meter tief, gearb damals eine Frau ein Kind. Das war also ungefähr zu der Zeit, zu der Goethe in Altenberg gewesen war: in Zinnwald drüben fuhr er ein, hier nicht, hier trieb er seine Studien über Tage. Europa lag im Fieber, das Volk zitterte in Angst und Hoffnung, Goethe, von Teplitz herübergekommen, lebte den Steinen. Er schrieb über die Reise, daß sie „ein Wagstück nicht ohne leichtmütige Kühnheit“ gewesen sei,

Herr Feyold kannte und zitierte die Stelle. Aber das Westabgewandte oder doch wenigstens Zeit-abgewandte, das sich hier dokumentiert, kam ihm, Herrn Feyold, beim Besuch des „Wochenbetts“ zum erstmal richtig zum Bewußtsein. Es gab ihm einen Schok, man muß das verstehen, so ein felsech veranlagter Hillermann aus Grimma sieht Goethe eben ganz anders als unferens.

Und als wir wieder ausgefahren waren, fing er mit mir wieder ein Goethegespräch an: „'s war eichndlich gar kee Padirob, der Geede?“

„Rein, wenigstens nicht in dem landläufigen primitiven, nationalstischen Sinn. Er war ein Weltbürger.“

„Man sollte ihn felsech garnich so febre feiern?“

„Rein, wenn man ihn weniger feierte und mehr läse, wäre es sicher besser, für ihn und für uns.“

„Nu, vom Lajn willch nich redn. Wenach nich gerade im Rehmberuf Geedeforscher wär, dādūn ja ooch nich läst. Unns breide Folsa, das liest ja ooch nich, das feierdnje bios. Awr ich meene vom nationalen Schdnbandung aus miß mer sich doch wirglich mal iernlechn, ob mer da nich seine Gunds an en Unwürdnch verschengd hat...“

Also wer weiß, was da für Proteste von Grimma aus noch in die Welt geben werden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Einkommensteuerzuschlag und Arbeitseinkommen.

Das Gesetz über den Zuschlag zur Einkommensteuer und seine Handhabung durch die Steuerbehörde hat in der Öffentlichkeit große Mißverständnisse hervorgerufen, die eine Klarstellung nötig machen. Zum Verständnis des Gesetzes ist vor allem erforderlich, daß wir genau zwischen der Einkommensteuer unterscheiden, die nach den §§ 18—22, bzw. 34 auf Grund eines Einkommens der Steuerpflicht mittels Zahlungsauftrages bemessen wird, und der Einkommensteuer, die nach § 30 des Steuer-gesetzes durch den Abzug von Lohn- und Gehaltsbezüge entrichtet wird.

Das Gesetz über den Einkommensteuerzuschlag setzt nämlich ausdrücklich fest, daß der Zuschlag nur von jener Steuer eingehoben wird, die nach den §§ 18—22, bzw. 34 bemessen wird. In diesem Falle beginnt die Verpflichtung zur Zahlung des Zuschlages bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 15.000 K, das ist jenes Einkommen, das nach Abrechnung aller geuech zulässigen Abzugsposten verbleibt, also das sogenannte reine Einkommen.

Das Einkommen dagegen, das nach § 30 des Gesetzes nicht auf Grund einer Bemessung, sondern durch den Abzug von den Bruttoeinkommen besteuert wird, unterliegt dem vorübergehenden Zuschlag nicht. Der Besteuerung nach § 30 sind jene Lohn- und Gehaltsbezüge unterworfen, die höchstens 453 K wöchentlich, bzw. 1963 K monatlich ausmachen. Diese Arbeiter und Angestellten haben durch den Abzug vom Lohn oder Gehalt ihrer Steuerpflicht Genüge geleistet und sind auch von der Verpflichtung zur Ueberreichung eines Steuerbekenntnisses befreit. (§ 32 des Gesetzes über die direkten Steuern.)

Wenn also die Regierungsvorlage des Gesetzes vom 15. Juli 1932 im Motivenbericht ausführlich, daß die Bruttodienbezüge, von denen die Steuer nach § 30 des Steuergesetzes abgezogen wird, dem Zuschlage nicht unterliegen, so ist das nicht, wie vielfach angenommen wird, ein Versprechen der Finanzverwaltung neben dem Gesetze und ohne Stütze im Texte des Gesetzes selbst, sondern bloß eine Erläuterung, warum im Gesetze wohl die §§ 18—22 und 34 zitiert sind, nicht aber der § 30. Durch die Unterlassung dieser Zitation hat das Gesetz durch seinen Wortlaut selbst die Einkommen, die der Besteuerung nach § 30 unterliegen, also Dienst-einkommen bis 23.550 K jährlich, vom Zuschlag ausgenommen.

Die Sache mag also kompliziert erscheinen, ihre Handhabung ist aber in Wirklichkeit ganz einfach. Arbeiter und Angestellte haben in der Regel nicht die Pflicht, ein Steuerbekenntnis ein-zubringen, es wird ihnen kein Zahlungsauftrag zugestellt und es darf ihnen nach dem Gesetze auch kein vorübergehender Zuschlag vorgeschrieben werden. Nur wenn ihr Einkommen 453 K in der Woche oder 1963 K im Monat übersteigt, sind sie zur Einbringung eines Bekenntnisses verpflichtet, erhalten Zahlungsaufträge über die bezügliche Steuer nach dem Gesetze vom Jahre 1927 und sind in diesem Falle auch verpflichtet, den vorübergehenden Zuschlag zu bezahlen.

Alle anderen Steuerpflichtigen aber brauchen nur festzustellen, ob in dem Zahlungsauftrag, mit dem ihnen die bezügliche Steuer für das Jahr 1931 vorgeschrieben wurde, ihr Einkommen mit mehr als 15.000 K bemessen ist. In diesem Falle sind sie auch zur Zahlung des Zuschlages verpflichtet.

Der § 34 behandelt das Nebeneinkommen, das Arbeiter und Angestellte neben Dienstbezüge beziehen. Dieses Einkommen wird, wenn es 5000 K jährlich übersteigt, auf Grund eines Bekenntnisses nach den Steuerfäden des § 18 versteuert, aber ab-gesondert vom Diensteinkommen und ohne Rücksicht auf die Höhe desselben. Es unterliegt also dem Zuschlage nur, wenn es an und für sich ohne Ein-rechnung der Dienstbezüge, 15.000 K im Jahre übersteigt.

Wenn also ein Lohn- oder Gehaltsempfänger, dessen Bruttodienbezüge nicht mehr als 23.550 K im Jahre ausmachen, oder ein anderer Steuer-träger, dessen Reineinkommen 15.000 K jährlich nicht übersteigen, einen Zahlungsauftrag über den vor-übergehenden Zuschlag erhält, so muß er rechtzeitig, das heißt binnen 30 Tagen nach Zustellung gegen den Zahlungsauftrag die Berufung einbringen.

PRAGER ZEITUNG.

Ein Skandal sind die Wegverhältnisse in dem neuen Wohnviertel „Rad Jezerkou“ auf dem Pantrac. Man kann zu den Bäumen, die um die Johannis-Häuser gruppiert sind, von verschiedenen Seiten gelangen: von der Jezerka oder vom Pantrac her und seit einigen Wochen auch über eine neuerbaute Stiege, die aus dem Richter Tal heraufführt. Alle Wege sind jedoch derart lehmig, daß man an regnerischen Tagen kaum einen Fuß vor den anderen setzen kann und ständig befürchten muß, auszurutschen. Als die neue Stiege gebaut wurde, hatten die Anwohner die Hoffnung, daß man nun doch eine auch an Regentagen leidlich benutzbare Verbindung zur Straßendahn bekommen werde. Da sich jedoch die Stadtgemeinde damit begnügte, die Stiegen mit Steinplatten zu markieren, statt den ganzen Weg zu pflastern, ist diese Verbindung nun auch nicht brauchbar. — Man muß doch fragen, was der Bau der Stiegen überhaupt für einen Sinn hatte, wenn sie nicht gebrauchsfähig sind. Die für den Bau verantwortlichen Leute mühten doch sehen, wie lehmig der Boden ist und sich sagen, daß das Geld, das der Stiegenbau kostet, zum Fenster hinausgeworfen ist, wenn nicht die ganze Wegstrecke auch gepflastert und zu den Johannis-Häusern ein gepflasterter Stieg gelegt wird. — Es gibt keinen Stadtteil Prags mit so schlechten Wegverhältnissen. Daß in dem Wohnviertel „Rad Jezerkou“ lauter arme Leute, vor allem Arbeiter, wohnen, darf für die Prager Stadtgemeinde nicht der Grund sein, die Verbindungswege in dem jetzigen Zustand zu belassen.

In den Glashäusern des Botanischen Gartens „Ra Kluph“ erblühte gestern Abend die letzte Blüte der Viktoria Regia. Dieser Tage sind die Gärten und die Glashäuser bis 19 Uhr zugänglich.

Allgemeine Pensionsanstalt in Prag. Montag, den 26., und Dienstag, den 27. September, findet die Reinigung der Räumlichkeiten statt. Es wird daher an diesen Tagen in der Allgemeinen Pensionsanstalt, Prag II., Rasínovo nab. 60 (Zentrale), in der Amtsstelle A der Allgemeinen Pensionsanstalt, Prag II., Podstátní 21, und in der Amtsstelle B der Allgemeinen Pensionsanstalt, Prag II., Rasínovo nab. 60, nicht amtiert.

Gerichtssaal

Elend und Verbrechen

Blutiger Raubüberfall in der Kantine. — Der Täter: ein 20jähriger Arbeiterlofer.

Prag, 22. September. Am 31. Mai d. J. spielte sich in einer einsam gelegenen Kantine bei Zaběhlyš ein blutiger Raubüberfall ab. Der 20jährige arbeitslose Franz Cerny, der dort seit Mittag mit seinem Bekannten Hora gefessen hatte, schlug in den Abendstunden dieses Tages den 56-jährigen Kantineur Dominik Brucha im Hofraum von hinten mit einer Spitzhacke nieder und versuchte dann dessen Lebensgefährtin, die 55jährige Josefina Sorm, durch zwei Schläge mit einer Bierflasche niederzustrecken. Er verletzte sie aber nur leicht; die Frau entkam und rief um Hilfe. Kurz darauf wurde der Täter verhaftet.

Franz Cerny ist seit April arbeitslos. Zunächst wohnte er bei seinem Schwager, verlor aber dann auch dieses Obdach. Zeither ist er unterstandlos. Zehn Nächte vor der Tat hatte er nicht mehr geschlafen, sondern sich in den Straßen Prags herumgetrieben. Nur am Tag streckte er sich dann unter freiem Himmel zur Ruhe aus. Er beging in dieser Zeit auch einen Diebstahlversuch und wurde dafür abgestraft.

Am 25. Mai kam er mit seinem Schulkameraden Johann Hora zusammen, der nach Prag gekommen war, um Arbeit zu suchen. Hora hatte ein wenig Geld und teilte es mit dem Schicksalsgenossen. Am 31. Mai war er indessen mit seiner Vorkasse zu Ende. Da machte Cerny seinem Kameraden um die Mittagszeit dieses Tages den Vorschlag, die in Frage stehende Kantine aufzusuchen. Da sei nur eine alte Frau und „man könne etwas unternehmen“. Hora ging auf die Anspielung nicht ein, sondern besuchte zunächst einen Bekannten in Hofstovak, während Cerny die Kantine aufsuchte. Er hatte vier Kronen bei sich, bestellte sich eine Flasche Bier und Salami. Später kam Hora aus Hofstovak zurück und Cerny rief den Vorbeigehenden in die Kantine.

Nun saßen die beiden bis in die Abendstunden und tranken Bier, wobei Cerny versprach zu zahlen. Als sich die Kantine allmählich leerte und die beiden mit der Wirtin Sorm allein geblieben, begann Cerny dem Hora zuzureden, mit ihm die Frau zu überfallen und sich in den Besitz des in der Schublade des Schanktisches befindlichen Geldes zu setzen. Hora weigerte sich auf entschiedene Weise.

Inzwischen war der Lebensgefährtin der Wirtin, Dominik Brucha, heimgekommen und Cerny machte dem Hora Vorwürfe, daß er durch seine Weigerung den günstigen Augenblick ungenützt habe vorbeigehen lassen. Aber, einmal entschlossen, beschloß er, seinen Plan allein auszuführen. Als sich Brucha im Hofraum zu schämen machte, schlich er ihm nach, ergriff eine Spitzhacke, die dort lag, und versetzte dem Auhunglosen einen schweren Hieb von rückwärts gegen den Kopf, so daß Brucha bewußtlos zusammensank. Dann kehrte Cerny zurück und veranlaßte die Wirtin durch die Bemerkung, daß der Schlüssel aus dem Türschloß auf

die Erde gefallen sei, sich zu bücken. In diesem Moment brachte er der Frau mit einer Bierflasche einen Hieb gegen die linke Kopfseite bei, der sie zum Glück nur leicht verletzte. Er wiederholte den Schlag, aber wieder einzig die Sorm dem ihr zugehörigen Schicksal. Sie gewann das Freie und rief um Hilfe. Cerny floh, wurde aber in Hofstovak angefaßt. Er ist im wesentlichen voll geständig. Brucha erholte sich von seiner Kopfwunde nach einigen Tagen.

Die Geschworenen bejahten fast alle Schuldfragen einstimmig und der Schöffengerichtshof (Vizepräsident: Dr. Bouček) verurteilte den Angeklagten unter Zuhilfenahme aller mildernden Umstände zu sieben Jahren schweren Kerker.

Gegen die kritiklose Wertung polizeilicher Zeugnisnoten.

Eine begriffenswerte Entscheidung des Obersten Gerichtes.

Prag, 22. September. Bei jeder Strafsache wird vom Gericht die zuständige Sicherheitsbehörde (Polizei, Gendarmerie) zur Einfindung eines Zeugniszeugnisses hinsichtlich des Angeklagten aufgefordert. Diese Zeugnisnoten bilden nebst dem Strafregister, das die eventuellen Vorstrafen aufweist, die Grundlage für die Zuerkennung der bedingten Verurteilung. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Zeugnisnoten zuweilen (sei es aus Irrtum, oder aus anderen Gründen) sich als recht unzuverlässig erweisen und oft genug die bedingte Verurteilung verhindern, weil das Gericht das Urteil der Sicherheitsbehörde kritiklos als Evangelium hin nimmt. Nun hat das Oberste Gericht eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt.

Ein Hochschlächter war wegen eines Raufhandels zu vier Monaten Kerker verurteilt worden. Die bedingte Verurteilung wurde nicht zuerkannt, weil die Polizeirelation dem Angeklagten einen „schlechten Ruf“ bescheinigte, ohne dieses harte Urteil näher zu begründen. Das Oberste Gericht hat im Zuge der Richtigkeitsbeschwerde des Verurteilten zwar den Schuldspruch bestätigt, dagegen in puncto des Strafausmaßes die Sache an die erste Instanz zurückverwiesen, mit dem Bemerkten, daß bei Zuerkennung der bedingten Verurteilung jeder Fall individuell gründlich zu überprüfen sei. Die pauschale und nicht näher erklärte Polizeirelation über den angeblich „schlechten Ruf“ genüge nicht. Das Gericht müsse sich über Gründe und Ursachen dieses „schlechten Rufes“ informieren. Der Senat des OGH. Wraček entschied in der heute durchgeführten öffentlichen Sitzung nach Prüfung des Materials, daß dem Angeklagten der bedingte Strafausschub zuzuerkennen sei. rb.

Arbeitervorstellungen.

Die seit 27 Jahren in Prag eingeführten Arbeitervorstellungen beginnen neuer am 16. Oktober. Die alten Abonnements behalten ihre Gültigkeit. Neue Abonnements werden im Bildungsbereich Deutscher Arbeiter, Prag II., Smetův 27, linke Stiege, 3. Stock, täglich von 17 bis 20 Uhr, entgegengenommen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Wettkämpfe im Geräteturnen. Bei den in Wiener Neustadt abgehaltenen Meisterschaften der Arbeiterturner und Turnerinnen von Wien, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten wurden Leistungen geboten, die als Kunstturnen erster Güte zu bewerten sind. Meister wurden im Zehnkampfs Hübner (Wien-Floridsdorf) mit 311,25 Punkten, im Siebenkampfs Walder (St. Pölten) mit 125,5 Punkten. Turnerinnen: Neunkampfs Kutschera (Wien) 332,5, Sechskampfs Erdőska (Wien-Viehding) 112,5 Punkte.

Vom leistungsfähigen Arbeitersport. Der Arbeitersport- und Schulbund führt vom 29. September bis 2. Oktober in allen Teilen Böhlands eine Werbekampagne zur Gewinnung neuer Mitglieder durch öffentliche sportliche Vorführungen, Aufmärsche, Werbeabende mit Vorträgen usw. stehen im Dienste dieses Unternehmens. — Bei dem vom Bund organisierten Radrennen Riga-Balta (175 Kilometer) wurde Abelniet (Riga) Sieger in der neuen Bestzeit von 6:21:24 Std.

Arbeitersportspieler aus Palästina. Der Führer der palästinschen Arbeitersportler, Slowinski, der sich auf der Rückreise nach Palästina befindet, hat für das nächste Jahr eine Spielreise der palästinschen Ländermannschaft nach Desterreich, Polen, Litauen und Lettland vereinbart. Diese Mannschaft ist bedeutend spielstärker als die des bürgerlichen Makkabi-Bundes in Palästina.

50-Kilometer-Mannschaftsfahren der Arbeiter-Radfahrer Desterreichs. An diesem Rennen, das am Sonntag auf der Bruder Reichstraße ausgefahren wurde, beteiligten sich 20 Mannschaften, von denen keine einzige ausfiel. Die alte Arbd-Bestleistung wurde von 1:05:15 auf 1:03:15 verbessert. Die fünf Mannschaften unterboten, so ein schönes und schnelles Rennen wurde abgewickelt. Die Mannschaft

Freiheit Wien-Vernals siegte in 1:16:33 (internationale Höchstleistung) vor Straßenbahn Wien 1:17:32, Weidling-Wien 1:19:43.

Vier Wochen Gefängnis für einen Fanouzel. Vor einem Mannheimer Gericht hatte sich ein Fußballanhänger wegen eines tätlichen Angriffs auf einen Schiedsrichter zu verantworten. Der Schiedsrichter, der eine schwere Ohrenverletzung erlitten hat, erstattete die Strafanzeige trotz Widerspruches des Verbandes (!). Der Angeklagte erhielt eine Gefängnisstrafe von vier Wochen.

Erziehung von Autofahrern.

„Ich bin der Meinung, daß Ihnen dieser Anschauungsunterricht sehr nötig war. Sie haben hier einmal mit eigenen Augen gesehen, welches Unheil Sie mit Ihrer rücksichtslosen Fahrerei anrichten können.“ Diese Worte waren an 22 Automobilisten von Chicago gerichtet, die sämtliche wegen Vergehens gegen die Verkehrsordnung angeklagt waren. Der Richter hatte die Angeklagten, denen zum Teil unvorjhriftsmäßiges Fahren, zum Teil auch Trunkenheit am Lenker zur Last gelegt war, in eine Krüppelschule führen, und ihnen eine Reihe armer kleiner Opfer rücksichtslos Fahrens vorzuführen lassen. Das war ein trauriger Zug! Voran in einem Stohrwägelchen ein kleines Mädchen, dem von einem betrunkenen Kraftfahrer die Beine abgefahren worden waren, dann ein an Krücken gehendes Kind mit einem Verband um die Knie, weiter ein kleines Mädchen, das auf einem Holzbein einherhumpelte. Tief ergriffen standen die Angeklagten vor dieser Demonstration sinnlichen Leides. Wie der Richter erklärte, wird es in einigen wenigen schweren Fällen damit für die Angeklagten sein Bewenden haben. Er hoffe, daß dieser erste Anschauungsunterricht, der übrigens bei Verkehrsdelikten des öfteren veranstaltet wird, seine heilsame Wirkung nicht verfehlt habe.

Kunst und Wissen

Offenbach-Opern. Donnerstag, den 29. September, Erstaufführung „Dreimal Offenbach“ (Drei Buffo-Opern von Offenbach). Dirigent: Rudolf. Regie: Mordo. Bühnenbilder: Pirchan.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 7.30 Uhr: „Die Entführung aus dem Serail“ (D 2). — Samstag, 7.30 Uhr: „Samson und Dalila“ (C 2).

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag, 8 Uhr: „Rina.“ — Samstag, 8 Uhr: „Il. Stock, Tür 19.“

Der Film

Neues in Kürze.

Der Prager Professor Uehls hat soeben einen Kulturfilm „Verschwindende Welt“ beendet, der das Leben der Bevölkerung an der maßstäblich-slowakischen Grenze in Wort und Bild festhält.

In Prag wird von der Melodysinggesellschaft im Winter ein Film mit Dolly Haas gedreht werden, Libretto und Mitwirkende stehen noch nicht ganz fest (so wirds gemacht!).

Der vorstehe Film mit Blaža Burian, „Leidet in Diensten Sherlock Holmes“, wird in Prag französisch nachsynchronisiert werden.

Im Prager Atelier wird momentan der tschechische Film „Vergessene Patrioten“ mit Lyda Baar in der Hauptrolle gedreht.

Die finanziell besten Filme der vergangenen Wochen waren in Prag: „Der Fünfsjahrplan“, „Der Jugendkönig“, „Vor der Natur“ und (wie denn nicht) „Der Prinz von Arkadien“.

Die Paramount hat bei Sage und Schreibe fünfzig Autoren ein Libretto zu einem Film „Wenn ich eine Million hätte“ bestellt; die Arbeiten sollen von einem Preisrichterkollegium beurteilt werden. Fünf der besten Arbeiten werden dann als Grundlage für den Film vereint (sorgfältigere Kalkulation ist wohl nicht mehr möglich).

In Italien wird nach amerikanischem Muster der erste Fliegermittelfilm von Regisseur Abigelli gedreht; er heißt „Italienische Flieger“.

In Berlin arbeitet man derzeit zugleich an vierzehn Tonfilmen, in München an zweien; das vaterländische Moment und der Wehgedanke sind in ihnen eindeutig vertreten und propagiert.

Walt Disney hat erklärt, daß er die Micky-Maus nicht mehr schwarz-weiß wird zeichnen und beschließt nach dem Technicolorverfahren zehn Trickfilme in Farben herzustellen.

Die Klage von Lew Wallace gegen die Metro-Goldwyn-Mayer wegen der Neuauflage einer lebenden Version von „Ben Hur“ ohne Bewilligung der Autoren wurde abgewiesen, weil im seinerzeit bezahlten Honorar von 600.000 Dollar, d. i. fünfzig Millionen Kč, auch eine angemessene Entlohnung für die Vertonung enthalten sei. Dem kann man wohl zustimmen.

Die Kalmansche „Gräfin Maritza“ läuft in Leipzig mit großem Erfolg. —w/—

Aus der Partei

Jugendbewegung.

S. J. III. Mittwoch, den 28. September, abends 8 Uhr Probe zur Kongreßfeier. Kommt bestimmt und pünktlich.

Freie Vereinigung der Akademiker (S. J. II). Sonntag: Wanderung, halb 9 Uhr. Endstation der 2ter. Vreynov.

Arbeiterfürsorge.

Freitag, den 23. September, um halb 8 Uhr abends Ausschuhfung im „Sozialdemokrat“. Alle Ausschuhmitglieder werden um bestimmtes Erscheinen ersucht.

Vereinsnachrichten



Ortsgruppe Prag, Sonntag, den 25. September, Endstation der 17er-Elektrischen in Branik; führt Gröger.

Sonderfahrten mit dem Autobus. Sonntag, den 2. Oktober, Auslandsfahrt nach Dönschten zum Besuche der Malta-Talperre und des Naturfreundehauses. Fahrpreise ab Auffig hin und zurück 25 K. Die Fahrt geht über Jinnwald und ist eine der lohnendsten im Erzgebirge. — Sonntag, den 14. Oktober, Propagandafahrt nach der Ruine Kolorin und dem Felsenheim der Naturfreunde in Schelefen, herrliche Stühpunkte im Dabaer Ländchen. Fahrpreise ab Auffig hin und zurück 25 K. — Freitag, den 28. Oktober (Staatsfeiertag), Wanderfahrt nach Dresden zum Besuche der Stadt und deren Sehenswürdigkeiten (Zwinger, Zoo, Ausstellung usw.). Fahrpreise ab Auffig hin und zurück 35 K. — Bei den Auslandsfahrten ist Boh oder Grenzübertrittschein (letzterer erhält man an der Grenze beim Passieren um 6 K) erforderlich. Nachdem die Anzahl der Plätze beschränkt ist, empfiehlt sich eine sofortige Anmeldung. Teilnahmeberechtigt ist jedermann. Weitere Auskünfte und Anmeldungen in der Geschäftsstelle des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Auffig, Marktplatz 11, sowie jeden Dienstag und Donnerstag von halb 19 bis 20 Uhr in der Ortsgruppenkanzlei: Dresdenstraße 25, II. Stock. — Für den ständigen Autobusverkehr (jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag) werden in der Geschäftsstelle, Marktplatz 11, Plätze zu günstigen Preisen reserviert.

Literatur

Der Verlag Ueberlitas-Berlin tritt auch in diesem Jahre wieder für junge deutsche Autoren ein. Er bringt einen neuen Roman von Joe Lederer „Bring mich nach Haus“, eine zarte Liebesgeschichte, wie sie nur diese Dichterin schreiben kann. Ein würdiges Gegenstück hierzu ist das neue Buch von Peter Mendelssohn „Schmerzliches Arkadien“, im besten Sinne eine Frucht der deutschen Romantik in modernem Gewand. Siegfried von Vegesack gestaltet in seinem neuen Roman „Das freisende Haus“ eines der wichtigsten Probleme unserer Tage, den Versuch des intellektuellen Städters, wieder Bauer zu werden. Oskar Maria Graf setzt sich in seinem Roman „Einer gegen alle“ nochmals mit der Nachkriegszeit auseinander; er zeigt das schwere Los des Frontsoldaten, der sich im Frieden nicht mehr zurechtfindet. Sehr interessant ist der in deutscher Sprache verfasste Roman der Engländerin Margaret Goldsmith „Der Bruder des verlorenen Sohnes“; er gibt ein ungewöhnlich klares Bild des heutigen England. Selbstverständlich fehlt Jack London nicht; der Romanband „Das Wort der Männer“ bringt eine hervorragende Auswahl aus den bisher noch nicht veröffentlichten Maske-Geschichten. Schließlich sei noch auf zwei politische Bücher des Verlages hingewiesen: Max Hodann gibt in keinem großen umfassenden Werk „Der tsawische Gürtel um Deutschland“ die erste gründliche und vollständige, dabei aber populäre und leicht lesbare Darstellung der deutschen Ostprobleme, Polens und der Tschechoslowakei; Hans Roger Madol berichtet unter dem Titel „Europäische Profile“ über Gespräche, die er mit Staatsmännern und Monarchen, die die europäische Politik in den letzten Jahrzehnten entscheidend bestimmt haben, über die wichtigsten Ereignisse der neueren Geschichte geführt hat.

KINO-PROGRAMM

vom 23. September bis 29. September 1932.

Wran-Urania-Kino

Einziges deutsches Kino Prag. Richard Tauber in „Die große Attraktion“ Als Jazzsänger und Dirigent. Bekanntlich ist Richard Tauber nicht nur der berühmteste Tenor — sondern auch ein sehr guter Dirigent. — Weiters: Arno, Samborsk.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft Lidový Dům (Gen. Wilhelm Spairn) Täglich Konzert. PRAG II., Hyberbaská Nr. 7.